Merseburger Tageblatt

Kreisblatt

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

Bezugspreis frei Haus durch die Austräger vierteljährlich M. 4.50, monatlich M. 1.50 durch die Post bezogen desgl. und 14 Pf. monatl. Postanstalts- bei Abholung v. d. Exped. M. 4.50 resp. M. 1.50. Einzelnummer 15 Pf. — Erscheinen 6 mal wöchentlich. — Für unverlangte Einsendungen wird keine Gewähr geleistet. — Erfüllungsort Merseburg. — Fernruf 209. Geschäftsstelle Hälterstr. 4.

Anzeigenpreis für den gespaltenen Millimeter Satzhöhe 15 Pf. Die Aufnahme für die laufende Bezugszeit (Vierteljahr bezw. Monat) wird vorgemerkt auf kleine Anzeigen in Zeitung genommen. Schwierigerer Satz wird angemessen höher berechnet. — Reklamezeile, die Millimeter breit, Satzhöhe 40 Pf. — Anzeigenschluß 11 Uhr vorm., für umfangreiche Anzeigen 7 Uhr abds. d. vorhergehenden Tages

Amtliches Anzeigeblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden

Nr. 180. Freitag, den 15. August 1919. 159. Jahrgang.

Amtliche Anzeigen

Seite 4.

Nachlieferung von Fleisch in den der Bezirksschlächterei angeschlossenen Landorten.

Tageschronik

Inkrafttreten der neuen Reichsverfassung; Bauer zum Reichskanzler ernannt.

Steuerdebatte in der Nationalversammlung.

Oberschlesien wird autonom.

Boykott deutscher Arbeiter in Polen.

Beschließt die Regierung den Arbeitszwang?

Vor einem neuen Putsch in der Pfalz?

„Oesterreichische Republik", nicht „Deutsch-Oesterreich".

Hoover über das Wirtschaftselend in Europa.

Die Rumänen in Ungarn geben nach.

Die Kabinettsbildung Lovaszys gescheitert.

Bevorstehende Erhöhung der Brotration?

Inkrafttreten der neuen Reichsverfassung.

Bauer zum Reichskanzler ernannt.

Im gestrigen Reichsgesetzblatt wird die neue Verfassung des Deutschen Reiches veröffentlicht, die damit in Kraft getreten ist. Auf Grund des Artikels 53 der Verfassung hat der Reichspräsident den bisherigen Reichsministerpräsidenden Bauer zum Reichskanzler ernannt. W. T. B. meldet dazu:

Die verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung, deren wichtigste Aufgabe nunmehr erledigt ist, führt von jetzt an die Bezeichnung „Reichstag" und die bisherige Vertretung der Landesregierungen bei der Reichsregierung, der Staatenausschuß, hat aufgehört zu bestehen. An seine Stelle ist der Reichsrat getreten.

Gleichzeitig hat der Reichspräsident eine Verordnung erlassen, daß alle Beamten des Reiches und der Länder, der Gemeinden, Kommunalverbände und sonstigen öffentlichen Anstalten, sowie die Angehörigen der Wehrmacht unverzüglich auf die Reichsverfassung zu vereidigen sind. Die Verordnung über die Vereidigung der öffentlichen Beamten lautet:

Auf Grund des Artikels 170 der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 (Reichsgesetzblatt S. 1383) wird verordnet:

Artikel 1: Alle öffentlichen Beamten und Angehörigen der Wehrmacht sind unverzüglich auf die Verfassung des Deutschen Reiches zu vereidigen, und zwar leisten

1. die Reichsbeamten den Eid:
   „Ich schwöre Treue der Verfassung, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflichten;
2. alle übrigen öffentlichen Beamten den Eid:
   „Ich schwör Treue der Reichsverfassung";
3. die Angehörigen der Wehrmacht den Eid:
   „Ich schwöre Treue der Reichsverfassung und gelobe, daß ich als tapferer Soldat das Deutsche Reich und seine gesetzmäßigen Einrichtungen jederzeit schützen, dem Reichspräsidenten und meinen Vorgesetzten Gehorsam leisten will."

Artikel 2: Die Landesregierungen können anstelle der Eidesleistung nach Artikel 1 Ziffer 2 verordnen, daß in den Diensteid, den die Beamten nach Landesrecht zu leisten haben, die Worte eingesetzt werden: „Treue der Reichsverfassung".

Artikel 3: In gleicher Weise sind künftig alle neuernannten öffentlichen Beamten und alle Angehörigen der Wehrmacht vor dem Dienstantritt zu vereidigen.

Artikel 4: Die von den Beamten und den Angehörigen der Wehrmacht unterzeichneten Nachweise über die Eidesleistung sind zu verwahren.

Ein Hindenburgbrief.

Oberste Heeresleitung und uneingeschränkter U-Boot-Krieg.

Die Zeitschrift „Das 20. Jahrhundert" veröffentlicht einen sehr wichtigen Beitrag des Generalfeldmarschalls von Hindenburg zur Frage des U-Boot-Krieges. Es handelt sich um einen Brief an den Prinzen Max von Baden, in dem der Nachweis geführt wird, daß der frühere Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Ernst des Wilsonschen Vermittlungsversuches nicht glaubte, ja daß er diesen Vermittlungsversuch durch das Friedensangebot vom 12. Dezember hintertreiben wollte. Da zudem Herr von Bethmann ausdrücklich erklärt hatte, daß er ganz allein die politische Verantwortung für die Erklärung des U-Boot-Krieges zu tragen habe, weil sie auch unser Verhältnis zu den Neutralen beeinflusse, ernste politische Einwendungen gegen die Erklärung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges aber nicht erhob, mußte die O. H. L. annehmen, daß ihre triftigen militärischen Gründe für den U-Boot-Krieg alle politischen Bedenken überwogen.

Der Brief Hindenburgs schließt mit den Worten: Ich fasse mich dahin zusammen:

1. der Vorwurf, den Reichskanzler zu einer zwiespältigen Politik gegenüber den Vereinigten Staaten gedrängt zu haben, trifft mich und den General Ludendorff nicht,
2. Bedenken, daß durch den U-Bootkrieg die diplomatische Aktion des Präsidenten Wilson gestört werden könnte, sind in den Verhandlungen über den Entschluß zum U-Bootkrieg vom Herrn Reichskanzler oder dem Auswärtigen Amt niemals zur Sprache gebracht worden.

Auch diese Enthüllung bestätigt wieder unsere so oft schon geäußerte Ansicht, daß an den zerfahrenen Verhältnissen in Deutschland, die zum Zusammenbruch führten, nicht die Oberste Heeresleitung, sondern die von allem guten Geistern verlassene politische Leitung des Reiches die alleinige Schuld trägt.

Die Wirtschaftslage in Europa.

Ein Memorandum Hoovers.

In einem von der „Times" veröffentlichten Memorandum über die Wirtschaftslage in Europa erklärt Hoover, eine Statistik habe ergeben, daß in Europa 15 Mill. Familien in der einen oder anderen Weise Arbeitslosenunterstützung erhielten, die hauptsächlich durch eine dauernde Steigerung des Notenumlaufs bezahlt würde. Als Hauptursache des verminderten Erzeugungsvermögens bezeichnet Hoover die industrielle und kommerzielle Entartung während des Krieges. Die Arbeiter ständen auf dem Standpunkt, daß eine Verminderung der Kräfteanspannung die Erwerbslosigkeit vermindern und ihre eigene Lage verbessern werde. Hoover verurteilte es, daß die Blockade nach dem Waffenstillstand fortgesetzt wurde. Er erklärte die Lage könne sich nur bessern, wenn man begreifen lerne, daß eine Steigerung der Erzeugung dringend notwendig ist. Die steigenden Preise seien nur ein Kennzeichen für die ungünstige Erzeugung.

Die Minderung der Produktion.

Auf dem Industriekongreß in Birmingham legte der Lebensmittelkontrolleur Robert dar, daß das Sinken der Produktion die Hauptursache der Lebensmittelteuerung sei. Der Rückgang der Kohlenförderung sei mit eine Ursache der hohen Kohlenpreise. Er fuhr fort: Während des Krieges rühmte man sich in England, daß das englische Pfund in allen Ländern den gleichen Kurs wie vor dem Kriege zeigte. Heute trifft das nicht mehr zu. Wir müssen uns beeilen, unseren Kurs zu verbessern. Dies kann nur geschehen durch eine intensive Produktion, die nur allein aus der gegenwärtigen Lage helfen kann.

Masseneinfuhr von Lebensmitteln.

Hamburg, 13. August. (Eig. Drahtb.) Hiesige Handelsgroßämter unterhandeln gegenwärtig mit holländischen und dänischen Firmen über Masseneinfuhren von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen. Die Verhandlungen nähern sich ihrem Abschluß. Die erforderlichen Schritte sind bei der Reichseinfuhrstelle bereits eingeleitet.

Argentinisches Getreide für Deutschland.

Haag, 13. August. (Eig. Drahtb.) „Manchester Guardian" meldet, daß auf 13 englischen und amerikanischen und 6 südamerikanischen Schiffen die Verfrachtung mit argentinischem Weizen für Deutschland begonnen hat. Bei Lloyd in London wurden für Weizentransporte aus Argentinien nach Deutschland für 760 Millionen Schilling Versicherungen abgeschlossen.

Ablieferung der Handelsflotte.

Hamburg, 13. August. (Eig. Drahtb.) Am letzten Sonnabend wurden von der Handelsflotte insgesamt 114 Schiffe mit einem Inhalt von 1 230 000 Kubikmeter abgeliefert, darunter 35 Schiffe der Hamburg-Amerika-Linie.

Der Völkerbund um sechs Monate verschoben.

Wie die „Morning-Post" erfährt, haben die Alliierten den Termin der Gründung des Völkerbundes, der auf den 1. November festgesetzt war, um sechs Monate verschoben. Die Erreichung einer früheren Erledigung der Völkerbund-Verträge in den Parlamenten der Alliierten sei bei der Festlegung des Völkerbund-Ablommens nicht vorauszusehen gewesen.

Für eine Aenderung des Völkerbundsvertrages.

Das Reutersche Büro meldet aus Washington, daß der Führer der Mehrheit und Vorsitzender des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten Senator Lodge im Senat in einer langen Rede den Völkerbund in absichtlich entstellter

Herren oder Knechte.

Solange die heutige Generation lebt und wohl darüber hinaus, wird die Frage unserer Politik in der Epoche des Weltkrieges deutsche Gemüter im Innersten bewegen. Sollen wir nicht ganz verzagen, so verbinden wir damit die Hoffnung, daß die nach uns leben die furchtbaren Irrungen innerer und äußerer Politik, die Deutschland ins Verderben führten, in ihren ganzen Ausmaßen erkennen und sich zu der politischen Weltanschauung emporringen werden, die an Stelle von Illusionen die Wirklichkeit, an Stelle von Theorien die Tat gelten läßt, und die allein den Ausgangspunkt für die Wiederherstellung Deutschlands als Weltmacht bilden kann. Im Vordergrunde steht hier natürlich die äußere Politik, wo die Reibungsflächen so unendliche sind, und Fehler, wenn sie so tiefgründig wie im Deutschland des beginnenden 20. Jahrhunderts sind, unweigerlich, wie wir erfahren mußten, zum Verhängnis werden.

Wenden wir uns zu den jüngsten sogenannten Enthüllungen, die dem Auslande neuerdings ein klägliches Bild von dem Geistes- und Nervenzustand unserer „führenden" Männer gegeben haben, so sind sie für uns insofern von Bedeutung, als mit jeder von ihnen das Auseinanderstreben der grundsätzlichen Anschauungen über äußere Politik deutlich erkennbar wurde. Auf der einen Seite sehen wir die Gedankenwelt der Schwächlinge und Illusionisten, deren einzige Stärke in der Anmaßung lag, schon bald nach Kriegsbeginn die Unmöglichkeit des Sieges Deutschlands vorausgesehen zu haben, und die durch unentwegte Flaumacherei dem deutschen Volke in seiner furchtbaren Not den innerlichsten Glauben an seine gute Sache und an den Sieg genommen haben. Der traumhafte Verjöhnungsgedanke dieser Vaterlandsverräter Feinden gegenüber, die jahraus, jahrein durch ihre Staatsmänner und Presse unsere Vernichtung ankündigten, begann seine Täger schließlich vollkommen in Bann zu schlagen, als der Heuchler Wilson die Welt mit seinen 14 Friedenspunkten beglückte. Es konnte jemand die Ueberzeugung haben, daß der Krieg einer so großen Uebermacht gegenüber nicht zu gewinnen war, aber kein Zweifel war möglich darüber, daß er mit größerer Wahrscheinlichkeit verloren werde, wenn mem dem um sein Leben Ringenden wieder und wieder in den Arm fiel. Die Politik des Zanderns, der Versöhnung gegenüber inneren und äußeren Feinden, die nichts von Versöhnung und Vernunft wissen wollen, ist Fleisch und Blut auch der gegenwärtigen deutschen Regierung. Es mußte den Deutschen vorbehalten bleiben, in selbstmörderischem Vertrauen auf Einsicht und Gnade sich selbst zu Schuld und Knechtschaft zu bekennen und das eigene Schicksal den Feinden in die Hände zu geben. Hier ist das Hoffnungslose dieser Politik, hier liegt der Angelpunkt der Frage: Wird Deutschland sich aus seinem Knechtsstand erheben und je wieder zu Macht gelangen?

Noch bieten die Geschehnisse auf der Welt keinerlei Anhaltspunkte dafür, daß es einmal eine Völkerversöhnung eine Weltverbrüderung geben wird; im Gegenteil. Noch steht auch unumstößlich fest und wird für alle Zeiten — so wie wir die Dinge heute ansehen müssen — gelten, daß Recht allein durch Macht gewährleistet wird. Wehe der Nation, die anderes wähnt; sie entmannt sich und verkümmert unsehlbar. Der Kampf zwischen Kapitalismus und Bolschewismus tastet diesen Grundsatz nicht an, bekräftigt ihn vielmehr im vollen Umfange, indem beide Parteien das ausgesprochenen Willen zur Macht verkörpern. Gerade den Machtwillen und die durch ihn gegebene Folgerichtigkeit der Politik müssen wir bei unseren Feinden anerkennen; er war es, der Deutschland besiegt hat, war also der Stärkere, und allein durch ihn können wir wieder emporkommen, von Knechten wieder zu Herren werden, nicht im Sinne einer Drohung für die Welt, sondern im Sinne friedlicher, Achtung einflößender Weltgeltung, wie sie von einem großen, leistungsfähigen Volke unter allen Umständen angestrebt werden muß. Dazu brauchen wir Männer deutsche Männer, die sich zu einer solchen Politik rückhaltlos bekennen und frei sind von jenen nebelhaften Vorstellungen von weltbeglückenden Völkerversöhnung und Völkerliebe, die uns zuerst diesen Krieg und dann diesen Frieden gebracht haben. Auch hier gilt das Wort: erst leben, dann philosophieren; es gilt tausendfach mehr, wo Leben und Gedeihen eines ganzen Volkes auf dem Spiele steht. Vorbedingung für den Wiederaufstieg ist allerdings ein Neuerstehen völkischen Sinnes, ein Wiedererwachen und eine Veredelung des Bewußtseins nationaler Ehre und Würde. Halten wir uns dabei vor Augen, daß der Vernichtungskampf der Entente nicht in erster Linie deutschem Gut, sondern deutschem Blute galt, daß das deutsche Volk ausgemerzt werden sollte, so werden wir um so sicherer den Weg finden aus Dunkelheit und Siechtum zum Licht und zur Kraft eines geschlossenen Volkstums. Dieser Weg muß führen über Wiedererweckung von Pflichtgefühl und Arbeitswillen, denn nur durch Anerkennung der Arbeitspflicht gewinnen wir Anspruch auf Menschenrechte. Sie ist der Grundstock eines jeden sittlichen Volkstums.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190815-19/fragment/page=0001

Experiment nannte und erklärte, der Völkerbundvertrag müßte, besonders was die Artikel 10 bis 15 anbelangt, geändert werden, bevor er ratifiziert wird.

Der Kaiserprozeß in Hamptoncourt.

„Evening Post" bestätigt, daß in Hamptoncourt Vorbereitungen zur Aufnahme des Deutschen Kaisers im Gange sind. Es ist wahrscheinlich, daß nach der Auslieferung des Kaisers durch Holland die Ueberführung nach England im geheimen erfolgen wird und daß der Kaiser auf einem Wege, der dem Publikum unzugänglich ist, unmittelbar nach dem Palast von Hamptoncourt übergeführt wird, wo er bis zu den Verhandlungen im Spätherbst verbleiben soll. Hamptoncourt wird durch starke Truppenmassen für jeden Verkehr abgesperrt.

Der Kronprinz war nicht in Deutschland.

Laut Amsterdamer „Telegraaf" erklärte der Bürgermeister von Wieringen zu der Meldung, daß der Kronprinz mit seiner Gemahlin in Thüringen zusammengetroffen sei. Der Kronprinz habe seit seiner Zusammenkunft mit der Kaiserin Wieringen nicht verlassen.

Churchill über Heeresfragen und Kriegsgefangenen.

In einer Erklärung über die Herabsetzung der britischen Heeresstärke sagte Churchill im Unterhaus, gegen Ende Oktober werde die Rheinarmee auf eine Brigade und eine Fliegerabteilung herabgesetzt werden. Die Heimführung der türkischen Gefangenen sei bereits gestattet, jedoch habe der Oberste Rat die Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen noch nicht erlaubt. Im nächsten Jahre würden England und Deutschland die beiden einzigen großen Nationen sein, die Freiwilligenheere haben.

Englands schärfster Handels-Konkurrent.

Während die Flotte Großbritaniens bei Kriegsausbruch etwa zehnmal so groß war, wie die der Vereinigten Staaten, hat England jetzt 16⅓ Millionen Tonnen, während die Vereinigten Staaten 9¾ Millionen Tonnen besitzen. Amerikas Tonage ist um 6¾ Millionen Tonnen gestiegen, während die Tonage Englands um 5 Millionen zurückgeblieben ist.

Republik Oesterreich.

Der interalliierte Oberste Rat faßte den Beschluß, daß Oesterreich im Vertrage von St. Germain unter dem Titel „Oesterreichische Republik" und nicht unter dem Titel „Deutsch-Oesterreichische Republik" erscheinen werde. Die Ueberreichung des Vertrages wird nicht, wie vorgesehen, am 16. August, sondern einige Tage später erfolgen.

(Es ist bezeichnend für den „Geist des Versöhnungsfriedens", daß man in dem blinden Haß gegen den Feind so weit geht, daß sogar das Wort „Deutsch" verboten wird. D. Red.)

• • •

Die Selbständigkeit Oberschlesiens.

Der preußische Ministerpräsident Hirsch äußerte sich einem Pressevertreter gegenüber über die Zukunft Oberschlesiens: Oberschlesien fodert die Autonomie. Die Forderung nach Schaffung eines selbständigen Staates innerhalb des preußischen Staatsverbandes ist bereits von sämtlichen Parteien anerkannt worden. Es ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß in der preußischen Landesversammlung sich eine Mehrheit für die Autonomie finden wird, der sich auch die preußische Staatsregierung nicht widersetzen wird. Die Schaffung einer selbständigen Provinz Oberschlesien gemäß den Forderungen ihrer Bewohner ist also nur eine Frage der Zeit.

Keine Loslösung vom Reich.

Basel, 13. August. (Eig. Drahtb.) „Daily Mail" meldet aus Paris: Der Oberste Rat der Alliierten beschloß, daß Oberschlesien auch für die Dauer der Verwaltung unter der Ententekontrolle von dem deutschen Volksgebiet nicht losgelöst wird.

Boykott deutscher Arbeiter in Posen.

Nach einer im Amtsblatt der Eisenbahndirektion Posen erlassenen Verfügung ist die Neueinstellung von Arbeitern nichtpolnischer Nationalität verboten. Die polnischen Gewalthaber in Posen scheinen, wie verschiedene Blätter schreiben, bei Erlaß ihrer gegen die Deutschen gerichteten Verfügung nicht daran gedacht zu haben, daß Hunderttausende von polnischen Arbeitern im Deutschen Reiche beschäftigt sind. Es wäre sehr zu bedauer, wenn die deusche Regierung zum Schutze der Landsleute in den Ostmarken Repressalien ergreifen müßte.

Neue Franzosenumtriebe in der Pfalz.

Mannheim, 14. August. Es mehren sich die Anzeichen, daß die Pfalz unmittelbar vor einem neuen Putsch steht. Der bekannte Spartakist und Zuchthaussträfling Eggersdorf, der in Wirklichkeit Ahrens heißt, wird von den französischen Behörden zum Losschlagen ermuntert. Ein französischer Wagenpark und Waffen sind den Landauer Putschisten zur Verfügung gestellt worden. Eggersdorf und Haas gehen nun aufs ganze und beabsichtigen, in einer der nächsten Nächte alle Regierungsstellen und Bezirksämter zu besetzen.

Aufnahme von Handelsbeziehungen mit Rußland.

Basel, 13. August. (Eig. Drahtb.) Der Berliner Vertreter des „Daily Herald" meldet, das, obgleich offiziell die Sowjetregierung von der deutschen Regierung noch nicht anerkannt und die russische Frage noch nicht gelöst sei, deutsche Handelsgesellschaften mit der Sowjetregierung sowie mit russischen Firmen in Verhandlungen getreten sind. So verhandeln bereits zwei große deutche Lokomotivfabriken mit der Sowjetregierung über den Ankauf von Lokomotiven. Mehrere deutsche Firmen wollen von der Regierung 200 000 Tonnen Flachs und 100 000 Tonnen Baumwolle kaufen. Die Verhandlungen sollen nicht ungünstig stehen.

Deutschfeindliche Maßnahmen der Tschechen.

Die tschecho-slowakische Regierung hat das dem Bunde der Deutschen in Böhmen gehörige Margaretenbad bei Praschalitz für tschechischnationale Zwecke beschlagnahmt. Zwei Häuser wurden für eine tschechische Industrieschule und die übrigen Häuser für Zwecke des „Tschechischen Herzens" bestimmt. In den Häusern sollen mehrere hundert tschechische Familien angesiedelt werden. Es handelt sich darum, die Deutschen der Stadt, die zwei Drittel der Bevölkerung bilden, zu majorisieren. Ebenso wurde das der deutschen Kommission für Kinderschutz gehörige Haus, das für ein deutsches Waisenhaus bestimmt ist, für tschechische Schulzwecke beschlagnahmt. In deutschen Kreisen herrscht über die Beschlagnahme des Margaretenbades um so größere Aufregung, als das Bad der größten nationalen Organisation, dem Bunde der Deutschen in Böhmen, gehört.

• • •

Rumänien gibt nach.

Die „Agence Fournier" verbreitet die Nachricht, die rumänische Antwort auf die Note der Friedenskonferenz sei gestern bei der rumänischen Delegation eingetroffen. Sie sei in entgegenkommendem Sinne gehalten und werde heute dem Obersten Rat übermittelt werden.

Die Entente hatte neuerdings den Rumänen ein kurzbefristetes Ultimatum gestellt. Die Rumänen sollen beschlossen haben, für den Fall der definitiven Bildung einer Regierung in Ungarn, ihre Truppen hinter die am 13. November festgesetzte Demarkationslinie zurückzuziehen.

Das Kabinett Lovaszy gescheitert.

Die Regierungskrise in Ungarn ist immer noch nicht gelöst, da sich wieder neue Schwierigkeiten ergeben haben. Martin Lavaszy soll den Vorsitz in der Koalitionsregierung abgelehnt haben, weil die Zusammensetzung des Kabinetts nicht seinen Wünschen entspricht. Wie es heißt, soll nun der bisherige Ministerpräsident Stefan Friedrich mit der Lösung der Krise beschäftigt sein. Die Nachrichten aus Budapest lauten sehr widerspruchsvoll.

Erzherzog Joseph hat Horthy, den Admiral der ehemaligen österreichisch-ungarischen Flotte, zum Oberkommandierenden der ungarischen Armee ernannt. — In dem Palais des Erzherzogs Joseph wurde eine Geldsumme von 80 Millionen Kronen aufgefunden, die wahrscheinlich von den Rotgardisten, deren Kommando früher seinen Sitz in dem Palais hatte, dort vergessen wurde.

7600 Bolschewisten verhaftet.

Wien, 13. August. Die Budapester Polizei, die vom rumänischen Oberkommando unterstützt wird, hat bisher 7000 Bolschewisten verhaftet, darunter den gewesenen Präsidenten der Räteregierung Alexander Garbay, den gewesenen Kommandanten der roten Wache, der sich in einem Schweinestall verborgen gehalten hatte, dann den ehemaligen Chef der politischen Polizei sowie zahlreiche Frauen und Mädchen.

Amerikanische Truppen für Konstantinopel.

Die „Chicago Tribune" meldet, daß das Gerücht, wonach sich eine amerikanische Division nach Konstantinopel eingeschifft habe, in wohlunterrichteten Kreisen bestätigt werde. Der Viererrat erhielt vom Obersten Haskal, dem Vertreter der Vereinigten Staaten in Kleinasien, eine Depesche, daß die Lage gespannt sei und immer ernster werde infolge der Konzentrierung türkischer Truppen in Trapezunt und Erzerum. Oberst Haskal beharrte darauf, daß die britischen Truppen in dieser Gegend nicht zurückgezogen werden, da nach seiner Ansicht ihre Intervention bei einem Vorrücken der Türken notwendig werden könne.

Kommunistische Umtriebe in England.

Haag, 13. August. (Eig. Drahtb.) Aus London wird gemeldet: In den letzten Tagen haben sich die Anzeichen gemehrt, daß in England die Kommunisten versuchen, Unruhen anzustiften, und daß beabsichtigt wird, eine Sowjetregierung nach russischem Muster auszurufen. Die Polizei hat bereits zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Es ist jetzt mit Bestimmtheit festgestellt worden, daß russische Agenten die Verschwörung inszeniert haben.

Arbeitszwang?

Von unserm Berliner Vertreter wird uns geschrieben:

Man wird überrascht sein, daß ausgerechnet das „Berliner Tageblatt" plötzlich und recht deutlich die Einführung des Arbeitszwanges fordert. Diese Forderung entspricht der Auffassung, die sich, wie ich aus parlamentarischen Kreisen erfahre, immer mehr in den maßgebenden politischen und wirtschaftlichen Kreisen geltend macht. Man hat eingesehen, daß unmöglich durch die Zahlung der Arbeitslosenunterstützung weite Arbeiterkreise systematisch zum Faulenzen erzogen werden. Wenn die Regierung auch erst unlängst versichern ließ, sie denke nicht daran, den Arbeitszwang einzuführen, und der „Vorwärts" sich empörte, als es hieß, die Entente hätte der deutschen Regierung die Einführung des Arbeitszwanges nahegelegt, so entspricht es doch den Tatsachen, daß selbst in der Regierung heute schon große Neigung vorhanden ist, eine Arbeitspflicht zu beschließen und Arbeitsscheu mit der Entziehung der Unterstützung zu bestrafen. Auch einsichtige Anhänger der Sozialdemokratie sehen ein, daß es unmöglich so weitergehen kann. Hauptsächlich ist dieser Umschwung wohl darauf zurück zu führen, daß (trotz allem Optimismus) es inzwischen der Regierung unmöglich erscheint, die genügende Zahl von Arbeitern für Nordfrankreich bereit zu stellen. Des weiteren sind in den letzten Tagen Versuche unternommen worden, Arbeiter zum Holzfällen zu gewinnen, um die Kohlennot wenigstens teilweise durch Holzbelieferung zu steuern. Die Zahl der Arbeitswilligen hierfür ist aber so gering gewesen, daß jetzt schon feststeht, daß es nicht möglich sein wird, genügend Holz zur Abfahrt bereit zu stellen. Hinzu kommt ferner, daß für den Bergbau, wie ich schon mitteilen konnte, 200 000 Arbeiter notwendig sind. Man hat versucht, Arbeitslose nach den Bergwerken zu senden. Und nur wenige nahmen diese Arbeit an. Die meisten weigern sich, der Weisung zur Uebernahme der Bergarbeit Folge zu leisten. Diese ablehnende Haltung der Arbeitslosen ist eben nur möglich, weil sie infolge der Arbeitslosen-Unterstützung auch ohne eine Betätigung ein gutes Auskommen haben. Daß Abhilfe notwendig ist, sehen wie gesagt selbst die Sozialdemokraten ein. Und sie werden sich jedenfalls auch für den Arbeitszwang aussprechen, wenn weiterhin die notwendigen Arbeiter für Notstandsarbeiten im Interesse der Bevölkerung sich nicht anwerben lassen.

Die Sozialisierung des Braunkohlenbergbaues aufgeschoben?

In einer Besprechung von Vertretern deutscher Braunkohlengesellschaften wurde von einer Seite betont, daß die Regierung die Absicht, den deutschen Braunkohlenbergbau sofort zu verstaatlichen, inzwischen aufgegeben hätte. Maßgebend hierfür ist u. a. die drohende Kohlennot. Es erscheint der Regierung nicht zweckmäßig, in diesem Zeitpunkt durch Beunruhigung der beteiligten Gesellschaften dazu beizutragen, daß die dringend notwendige und bei geeigneten Maßnahmen durchaus durchführbare Erhöhung der Leistung des deutschen Braunkohlenbergbaues hinausgeschoben, eingeschränkt oder ganz gefährdet wird.

Ob nach Ueberwindung der vorstehenden Schwierigkeiten zu geeigneterem Zeitpunkt der Verstaatlichung wieder näher getreten wird, bleibt abzuwarten.

Gegen die Kohlennot in München.

Infolge der Ablieferung größerer Bestände an die Entente wird sich die Kohlennot in Bayern so katastrophal gestalten, daß der Münchener Magistrat schon jetzt beschloß, im Winter voraussichtlich schon zwei Drittel, aber schon vom Beginn des neuen Schuljahres ein Drittel der sämtlichen Schulen geschlossen zu halten, mehrere größere Betriebe und Anstalten stillzulegen und sofort mit der Niederlegung des städtischen Waldes zu beginnen.

Die Streikbewegung.

Die Streiklage in Oberschlesien.

Der Streik im oberschlesischen Kohlenrevier beträgt jetzt etwa 65 bis 70 Prozent. Die Belegschaft der Richterschächte hat die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen. Neu in den Ausstand getreten sind Prinzengrube, Giesegrube und Ferdinand.

In einer Verhandlung in Kattowitz wurde ein Vermittlungsvorschlag des Vertreters des Staatsministers von den Vertretern der Gewerkschaften angenommen, wonach u. a. die Arbeiter gemäß den Forderungen wiedereingestellt und die stillgelegten Betriebe wiedereröffnet werden sollen. Der Belagerungszustand soll gemildert, die politischen Führer, die sich eines Verbrechens nicht schuldig gemacht haben, aus der Haft entlassen werden. Mit dem Beitritt des polnischen Zentralverbandes in die Arbeitsgemeinschaft der Berg- und Metallarbeiter erklären sich die Organisationen einverstanden.

Die Lokomotivführer gegen die Eisenbahner-Streikbewegung.

Eine Versammlung der Lokomotivführerverbände in Kattowitz, an der über 600 Mitglieder sowie die Vorsitzenden der Reichs- und Landesverbände der Lokomotivführer teilnahmen, verurteilte aufs schärfste die Bestrebungen auf Bildung des mitteldeutschen Streikblocks.

Im Volkshause zu Görlitz tagte eine Versammlung des Reichs- und Landesverbandes der Lokomotivführer, an der zahlreiche Mitglieder einer großen Reihe preußischer und sächsischer Ortsgruppen teilnahmen. Das Vorgehen einzelner Erfurter Beamtenkreise zur Schaffung einer Streikorganisation wurde scharf gegeißelt, eine Beteiligung an diesen Bestrebungen energisch abgelehnt und die Organisation aufgefordert, mit allen Mitteln für die Aufrechterhaltung des Betriebs einzutreten.

Der Bankbeamtenstreik.

Hamburg, 14. August. Die gestrigen Verhandlungen im Bankbeamtenstreik haben zu keinem Ergebnis geführt, da Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf ihrem Standpunkt verharrten. Morgen soll in Berlin eine gemeinsame Sitzung aller beteiligten Kreise im Reichsarbeitsministerium stattfinden.

Deutsche Nationalversammlung.

In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung wurde

die Beratung der Steuergesetze

fortgesetzt. Abg. Braun-Franken (Soz.): Bevor wir zu der unglücklichen Warenumsatzsteuer Stellung nehmen, müssen die direkten Steuern angenommen sein. Vor allem muß aus der Erbschaftssteuer mehr herausgeholt werden. Bei allem Vertrauen zur Regierung ist es uns überaus peinlich, ihr einen weiteren sechs Milliarden-Kredit zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel bewilligen zu sollen. Eine

Annullierung der Kriegsanleihen lehnen wir ab,

weil dadurch das ganze Wirtschaftsleben und die Kreditwürdigkeit des Reiches restlos vernichtet würde. Wir müssen eine allgemeine Wehrpflicht des Kapitals haben. Die Besteuerung der toten Hand muß in die Gesetze hineingearbeitet werden. Die Reichsabgabenordnung bedeutet einen riesigen Schritt zum Einheitsstaat.

Abg. Farwick (Ztr.): Die tatsächlichen Anforderungen der Vorlage über das Reichsnotopfer sind sehr schwer. Die Kommissionsberatung muß noch manchen Schönheitsfehler beseitigen. Die im Kriege opferbereiten Zeichner von Kriegsanleihen dürfen vom Reich nicht im Stich gelassen werden. Die Entente wird ihre Hand nicht auf das Reichsnotopfer legen, sie hat in den Rheinlanden ein viel zu sicheres Pfand, um nach den Haufen Papier zu greifen.

Abg. Heurich (Dem.): Die bisher vorgeschlagenen Steuern würden immer noch einen

Fehlbetrag von 11 Milliarden

ergeben. Es ist unmöglich, diesen auf die Einkommensteuer zu nehmen. Wie bei der Erbschaftssteuer muß auch bei der Einkommensteuer der Gemeinwert für den Betragswert gesetzt werden. Das Notopfer ist eine Ehrenschuld des Besitzes. Einheitliche Ausgestaltung des Steuerverfahrens und gleiche Beamtenausbildung ist möglich, aber die Veranlassung könnte unter Reichskontrolle als Landeseinrichtung weiterbestehen. Zentralisierung gefährdet die Einheit geradezu. Die gemeinsame Einkommensteuer muß den Gemeinden und Ländern eine gewisse Bewegungsfreiheit lassen.

Abg. Kraut (Dn.): Noch immer fehlt eine Gesamtübersicht über den Reichs-, Länder- und Kommunalsteuerbedarf. Eine vollständige Etatisierung unserer Ausgaben ist nötig. Wir werden uns hüten, direkte Steuern ohne das entsprechende Maß indirekter zu bewilligen. Solange wir die Gesamtforderungen der Entente nicht kennen, dürfen wir dem Feind durch ein solches neues Steuersystem nicht die Unterlagen für die Erhebung neuer Ansprüche liefern, ihm nicht

einen Teil unseres Vermögens auf dem Präsentierteller entgegenbringen.

Die Vorlage bedeutete einen gewaltigen Schritt zur Sozialisierung und Kommunalisierung; man kann nahezu von einer Wettbesteuerung der großen Vermögen sprechen. Mit den Grundgedanken der Reichsabgabenordnung, Vereinheitlichung der Veranlagung und Erhebung, sind wir natürlich einverstanden. Bedenken haben wir aber gegen die

diktatorische Machtvollkommenheit des Reichsfinanzministers.

Noch bedenklicher ist, daß damit die Steuerhoheit und Selbständigkeit der Einzelstaaten endgiltig zu Grabe getragen wird. (Beifall und Zustimmung rechts.)

Abg. Wurm (U. S.): Statt zu sozialisieren, sucht man mit allen Steuergesetzen das Loch, das der Krieg in unsere Finanzen gerissen hat, zuzustopfen und die Lasten durch indirekte Steuern, insbesondere Verbrauchssteuern auf die breiten Massen abzuwälzen. Unter keinen Umständen stimmen wir für die Umsatzsteuer. Die Unordnung wird erst aufhören, wenn die Regierung von den Vertrauensleuten der Werktätigen ausgeübt wird.

Abg. Becker-Hessen (D. Vpt.): In der Denkschrift Erzbergers fehlt die Uebersicht über

sichts unserer Lage dürfen wir mit der Bewilligung direkter und in-

die Ausgabe der Arbeiter- und Sodatenräte,

ferner über den Erlös aus altem Heeresmaterial und die Verluste infolge der Diebstähle. Vor allem eine genaue Angabe über die finanziellen Opfer infolge des Friedensvertrages. Angedirekter Steuern nicht ängstlich sein. Dringend nötig ist eine einwandsfreie Etatsordnung. Gegen die Steuerflucht sind die angekündigten Maßnahmen notwendig. Das Wesentliche bleibt die Beschaffung dauernder laufender Einnahmen. Auf das Notopfer hat die Entente keinen Rechtsanspruch. Eine Wiedergutmachung ist das Reichsnotopfer nicht, denn auch der Besitz hat schwer gelitten. Das Reich muß die Beamten übernehmen.

Reichsfinanzminister Erzberger: Ich begrüße die zutage getretene Bereitwilligkeit zur Mitarbeit an der Gesundung der Reichsfinanzen. Dunkel ist die Stellung der Rechten: Stimmt sie für oder gegen das Reichsnotopfer? Ich habe nur Kritik und Ablehnung, aber keine positiven Vorschläge gehört. Sie können dem Reiche gar nicht genug direkte und indirekte Steuern bewilligen. Die Abrechnung über die Ausgaben der A.- und S.-Räte wird Ihnen im Herbst vorgelegt. Die Befürchtung, daß durch die Reichseinkommensteuer

das eigene Leben der Gemeinden

unmöglich gemacht werde, ist unbegründet. Das Hauptziel

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190815-19/fragment/page=0002

ist gleiche Behandlung der Steuerpflichtigen und Erfassung der Steuern an der Quelle, am besten bei jedem Lohn- und Gehaltsempfang. Nach dem Friedensvertrag darf der Feind unter keinen Umständen auf irgendeine Einnahmequelle, also auch nicht auf das Reichsnotopfer, Beschlag legen. Der beste Beweis, daß die Sätze der Abgabe nicht zu hoch sind, ist die Hausse-bewegung an der Berliner Börse. Der Uebergang der Landesverwaltung auf die Reichsverwaltung wird mit der größten Schonung der bestehenden Organisationen geschehen. Die beabsichtigte Neuordnung läßt sich nicht in so kurzer Zeit fassen. Die Hauptsache ist nicht die Organisation, sondern der Mensch, der hinter ihr steht.

Abg. Waldstein (Dem.): Wir sind gegen die Beteiligung der Arbeiterräte an der Steuerveranlagung. Die Arbeiterräte müssen überhaupt endlich verschwinden. Die direkten Steuern müssen bis an die Grenzen des volkswirtschaftlichen Zulässigen in Anspruch genommen werden. Die hohe Umsatzsteuer wird hoffentlich in dieser Form bald wieder verschwinden.

Hierauf wird die Beratung abgebrochen. Nächste Sitzung Donnerstag.

Erhöhung der Brotration?

Nach einer Mitteilung des sächsischen Wirtschaftsministeriums wird die Erhöhung der Brotration von der Reichsregierung erwogen. Ferner steht für den 1. Oktober die Herabsetzung der Ausmahlung des Brotgetreides zu erwarten.

Helfferich klagt.

Staatsminister Dr. Helfferich hat gegen die verantwortlichen Redakteure des „Berliner Tageblattes" und der Charlottenburger Zeitung „Neue Zeit" bei dem Schöffengericht Berlin-Mitte die Beleidigungsklage eingeleitet. Er fühlt sich durch den am 31. Juli im „Berliner Tageblatt" veröffentlichten Artikel „Eine eigenartige Finanzaktion" beleidigt, ebenso durch den Artikel in der „Neuen Zeit" vom 1. August „Helfferich als Helfer".

Der Fall Dr. Geyer.

Die Geschäftsordnungskommission der Nationalversammlung beschäftigte sich am Mittwoch mit dem Strafantrag des sächsischen Kriegsministeriums gegen den Abgeordneten Dr. Kurt Geyer-Leipzig wegen Beleidigung des Offizierkorps durch den Abdruck eines Artikels aus einer bayrischen Zeitung. Da aber der Fall im Zusammenhang steht mit der Erschießung der Münchener Geiseln, also einen politischen Charakter hat, wurde einstimmig beschlossen, die Erlaubnis zur Strafverfolgung nicht zu erteilen. (!!) Es steht aber immer noch aus die Strafverfolgung wegen der Erpressung am Leipziger Oberbürgermeister. Darüber sind die Akten angefordert worden. Eine Entscheidung ist jedoch noch nicht gefallen.

Aus Stadt und Umgebung

Was gibt es an Lebensmitteln?

Milchverkauf.

Magermilch gelangt heute Donnerstag in den Verkaufsstellen Consum, Lauchstedterstraße, Teichmann, Schulz, Weiße Mauer, zur Ausgabe.

Fleischlieferung.

Wie uns vom Magistrat mitgeteilt wird, erfolgt der Fleischverkauf in dieser Woche erst Sonnabend, da die Viehlieferung verspätet erfolgt ist, so daß Verkauf von Frühwurst findet in dieser Woche nicht statt.

Saatgutverkehr.

Die Lieferer von Saatgut werden darauf hingewiesen, daß sie die etwa noch in ihrem Besitz befindlichen Saatkarten, auf welche sie Saatgut abgegeben haben, nunmehr unverzüglich abzugeben haben und zwar den Abschnitt A der Saatkarte eingeschrieben an die Reichsgetreidestelle, Berlin W. 50, Kurfürstendamm 237, und die Abschnitte B und C an den Kommunalverband, welcher die Ausstellung von Saatkarten vermittelt hat. Nicht belieferte Saatkarten sind gleichfalls sofort an den ausstellenden Kommunalverband zurückzureichen, auch ist diesem über etwa verloren gegangene Saatkarten unter Angabe der Saatkartennummer und der Saatmengen und Fruchtarten Mitteilung zu machen. Das sitzt noch im Besitze von Erzeugern, zugelassenen Händlern und Verbrauchern befindliche unverbrauchte Saatgut ist gemäß § 10 der Saatgutverkehrsordnung vom 27. Juni 1918 an die Reichsgetreidestelle gegen Entschädigung abzuliefern.

Aufhebung der Beschlagnahme von Rohwolle.

Die Reichswirtschaftsstelle für Wolle in Berlin teilt mit, daß eine Aufhebung der Beschlagnahme für Schafwolle beschlossen ist. Der Zeitpunkt der Aufhebung ist noch unbestimmt, da die Aufhebung noch durch den Reichswirtschaftsminister genehmigt werden muß. Tritt diese Verfügung in Kraft, fallen alle Höchstpreisbestimmungen für Schafwolle fort.

Entschuldungszulage für Kreisbeamte und Angestellte.

Der Kreisausschuß bewilligte in seiner letzten Sitzung den Kreisbeamten eine Entschuldungszulage in Höhe von 800 Mk. für jeden Beamten und von 100 Mk. für jedes Kind derselben unter 18 Jahren. Die Privatangestellten des Kreises erhalten eine gleiche Zulage in Höhe von 600 Mk. für über 24 Jahre alten Angestellte, für jüngere von 300 Mk.

Neue Titel für Unterbeamte.

Auf Veranlassung der Unterbeamtenverbände tagte im preußischen Staatsministerium eine von allen Ministern beschickte Versammlung, in der die Forderung der Unterbeamten vertreten wurde, die Bezeichnung Diener, Bote usw. zu beseitigen. Als Ersatz hierfür wurde „Wart" vorgeschlagen. Es wurde eine Einigung dahin erzielt, daß die Bezeichnungen beseitigt und tunlichst durch die Bezeichnung „Gehilfe" ersetzt wird. Es sollen bezeichnet werden: die Geheimen Kanzlei-diener und Geheimen Boten mit „Geheimer Amtsgehilfe", die Kanzleidiener und Boten mit „Gehilfe", die nicht-planmäßigen Diener und Boten mit „Amtsassistent", die Gerichtsdiener mit Gerichtswachtmeister" die Bezeichnung „Botenmeister" bleibt jedoch bestehen), die Schul- und Hausdiener an den Schulen mit „Hausmeister".

Einmalige Zulage an Veteranen.

W. T. B. meldet: Wie in den Jahren 1917 und 1918 erscheint es auch in diesem Jahre geboten, den durch die gegenwärtige Teuerung in Not geratenen ehemaligen Kriegsteilnehmern, die die Veteranenhilfe von jährlich 150 Mk. beziehen, durch Gewährung einmaliger Zulagen eine Hilfe angedeihen zu lassen. Sie beträgt nach dem Beschlusse der Reichsregierung 50 Mk. und soll allen die erwähnte Kriegsteilnehmer-Beihilfe beziehenden Veteranen gewährt werden, die am 1. August 1919 am Leben waren.

Zur Nachahmung empfohlen.

Dem Durchgangslager für zurückkehrende Kriegsgefangene, Mühlerlager, wurde von einem Hofbesitzer aus Echem bei Lüneburg das Angebot gemacht, einige zurückgekehrte Kriegsgefangene unentgeltlich für einige Zeit bei sich aufzunehmen. Es wäre im Interesse unserer heimkehrenden Gefangenen dankbar zu begrüßen, wenn dieses hochherzige Beispiel in den in Frage kommenden Kreise bald zahlreiche Nachahmer finden möchte.

Die Barfreimachung von Postsendungen

wird nach einer Meldung von W. T. B. im Reichspostgebiet demnächst eingeführt werden. Unter Barfreimachung versteht man die Entrichtung der Postgebühr in Geld, statt des Aufklebens der Postmarke. Bereits vor dem Kriege war dieses Verfahren bei der Postmarke. Bereits vor dem Kriege war dieses Verfahren bei Lieferer von Massensendungen an Drucksachen, Zeitungen usw. gegen bei den betreffenden Postämtern die Sendungen unfrankiert ab, und entrichteten den Betrag, worauf ein entsprechender Stempel die Sendung als „freigemacht" bezeichnete. Die jetzt für das ganze Reichspostgebiet angekündigte Barfreimachung dürfte ebenfalls nur für Massensendungen zur Anwendung kommen.

Einlieferungsnachweis bei der Landbriefbestellung.

Damit über die bei den Landbriefträgern auf ihren Bestellgängen eingelieferten sowie bei den Postbilfsstellen niedergelegten Postsendungen, für welche die Postverwaltung Gewähr leistet (Postanweisungen, Pakete u. dgl.), jederzeit der Nachweis der Einlieferung geführt werden kann, ist die Einrichtung getroffen, daß derartige Sendungen in Annahmebücher eingetragen werden müssen, welche die Landbriefträger und die Posthilfsstellen führen. Die Einlieferer sind berechtigt, sich von der erfolgten Eintragung zu überzeugen oder die Eintragung selbst zu bewirken. Zur Vermeidung von Weiterungen empfiehlt es sich, von dieser Befugnis in jedem einzelnen Falle Gebrauch zu machen. Die Einlieferungsscheine über die bei den Landbriefträgern oder bei den Posthilfsstellen aufgegebenen Wertsendungen usw. werden den Absendern durch die bestellenden Boten, wenn möglich, schon beim nächsten Bestellgange überbracht. Die Vermittelung der Posthilfsstellen will hierbei nicht ein.

Panorama und Jugenderziehung.

Wer wäre nicht von der Sehnsucht, die Wunder der Welt zu sehen, erfüllt! Aber nicht jedem ist es vergönnt, die Reisen in die weite Welt anzutreten, sonderlich in unserer Zeit, wo das Reisen so erschwert ist. Sie müssen sich begnügen, die ferne Welt zu schauen in dem Spiegel, den die Kunst ihnen in Abbildungen vorhält. Doch diese sind oft sehr unvollkommen. Bilder aber, die die weitgehendsten Ansprüche befriedigen, sind die des Panoramas. Es bietet Bilder, die nicht nur von vollkommener Naturtreue sind, sondern auch den Reiz der körperlichen Erscheinung haben. Dazu kommt eine glückliche, der Natur vollkommen abgelauschte Farbengebung. Die starke Vergrößerung im Betrachtungsapparat nähert sich ebenfalls der Natur und so verfällt jeder, der die Bilder betrachtet, in die Täuschung, die Wirklichkeit und nicht ein Bild von ihr zu haben. Bilder mit solchen Vorzügen müssen einen tiefen Eindruck schon auf Erwachsene machen, auf die Kinder und Jugend aber von bestrickender Wirkung sein, und das erklärt die hohe Bedeutung des Panoramas als Veranschaulichungsmittel für Erd- und Länderkunde. Das deutsche Vaterland ist in den Bildern unseres Panoramas besonders reich vertreten und so hat alt und jung Gelegenheit, das Schönste, was es aufzuweisen hat, kennen zu lernen.

Der Verein zur Förderung der Jugendpflege hat sein Panorama jetzt in dem Jugendheim Herzog Christian untergebracht. Dort wird es Sonntag, den 17. Aug. wieder eröffnet. Kinder, Jugendliche und Erwachsene werden zum Besuch dieses schönen Bildungsmittels herzlich eingeladen. Das Panorama ist mit Ausnahme des Montags täglich von 3 Uhr nachm. bis 10 Uhr abends geöffnet. — Schulen und Jugendvereine unter Führung haben Ermäßigung.

Aus Kreis und Nachbarkreisen

Kommunales.

Mücheln, 14. August. In der letzten Stadtverordnetensitzung gab der Vorsteher bekannt, daß auf die Ausschreibung der hiesigen Bürgermeisterstelle vom 7. Juli d. J. im ganzen 146 Bewerbungen eingegangen sind. Es haben sich gemeldet: 1 Oberbürgermeister, 33 Bürgermeister, 1 Amtsrichter, 2 Rechtsanwälte, 2 Kaufleute, 4 Studenten, 8 Offiziere, 13 Referendare, 57 Stadt-, Magistrats-, Gerichts- und Kreissekretäre, 25 Bewerber verschiedener Berufe. Von diesen wurden 6 Herren, die im Kommunaldienst praktisch vorgebildet sind, in engere Wahl gestellt. Nachdem beschloß die Versammlung auf den Antrag der hiesigen Lehrer zur Gewährung einer Ortszulage eine einmalige jährliche Zulage in der Höhe von 300 Mk.

Schützenfest.

Keuschberg, 14. August. Das diesmal vom schönsten Wetter begünstigte Keuschberger Schützenfest hat mit der Eindringung des Meisterschützen am Montag abend sein Ende erreicht. Die Würde des Meisterschützen errang mit 19 von 20 erreichbaren Ringen Herr Gustav Brauer aus dem benachbarten Crölwitz.

Neues Industrie-Unternehmen.

Papitz, 14. August. An der Landesgrenze gegenüber dem Rittergute Modelwitz gelangte in diesen Tagen seitens der Rentengutsgesellschaft Merseburg ein 30 000 Quadratmeter großes Areal an eine neugegründete Aktiengesellschaft zum Verkaufe, welche die Errichtung einer Fabrik zur Herstellung von Kontrollkassen und Matratzen beabsichtigt. Noch in diesem Jahre sollen 14 große Fabrikhallen erbaut werden und bis zum Frühjahre die Errichtung des dazu gehörigen Verwaltungsgebäudes erfolgen. Das erforderliche Baubüro ist in dem mitverkauften ehemaligen Schulgebäude bereits eingerichtet worden.

Aus Provinz und Reich

Raubmord.

Erfurt, 12. August. Am Sonnabend abend wurde die 61 Jahre alte Witwe Krumrich in ihrer Wohnung in der Ludwigstraße ermordet und beraubt. Als Täter kommen zwei Männer in Frage, die abends in der Nähe des Hauses gesehen wurden. Es fiel ihnen ein größerer Geldbetrag, zum Teil in 100-Mark-, zum Teil in 50-Markscheinen und in 5-Mark-Silbermünzen, sowie ein 20-Mark-Stück mit dem Kaiser-Friedrich-Bildnis in die Hände. Der Erste Staatsanwalt von Erfurt hat eine Belohnung von 2000 Mk. auf die Ermittelung der Täter ausgesetzt.

Der Anschluß Koburgs an Bayern.

Koburg, 13. August. Die sozialdemokratische Mehrheit der Koburger Landesversammlung beschloß, die Volksabstimmung über den Anschluß an Bayern auf den 28. September festzusetzen. Bei der Endabstimmung über das Gesetz obstruierten die demokratischen Abgeordneten und der Sozialdemokrat Klingler, so daß die Abstimmung wiederholt werden muß.

Wettervoraussage

Freitag, den 15. August. Zeitweise wolkig, warm, Gewitterneigung.

Letzte Depeschen

Die Reichstagswahlen erst im März 1920.

Berlin, 14. August. (Eig. Drahtb.) Wie uns aus politischen Kreisen mitgeteilt wird, dürften die Wahlen zum deutschen Reichstag nicht vor dem 1. März 1920 erfolgen, da man allgemein der Ansicht ist, daß für die kommende Zeit die Nationalversammlung als arbeitsfähiges Parlament bestehen bleiben muß (?).

Aeußerste Einschränkung des Personenverkehrs.

Berlin, 14. August. (Eig. Drahtb.) Wie wir von durchaus zuverlässiger Seite erfahren, steht infolge des Kohlenmangels für den kommenden Winter eine äußerst hart und tief in das Wirtschaftsleben eingreifende Einschränkung des Personenverkehrs in ganz Deutschland bevor.

Der Vorsitz im Völkerbund.

Berlin, 14. August. (Eig. Drahtb.) Wie wir erfahren, hat der Generalsekretär des Völkerbundes, Drummond, mitgeteilt, daß der Vorsitz im Völkerbunde abwechselnd durch die Schweiz und Holland ausgeübt werden soll.

Die Auslieferung von 67 „Schuldigen" beschlossen.

Basel, 14. August. (Eig. Drahtb.) Eine Havasdepesche meldet, daß der Rat der Alliierten der Auslieferung von 67 Mitschuldigen an der Führung des Weltkrieges durch die früheren Mittelmächte zugestimmt habe. Das Auslieferungsbegehren würde sofort nach Ratifikation des Friedensvertrages abgehen.

Kandidaten für die Saarregierung.

Berlin, 14. August. (Eig. Drahtb.) Wie wir erfahren, werden als Vertreter der Saar-Bevölkerung für den Fünferrat, der die Regierung des neuen Saar-Staates darstellt, folgende Persönlichkeiten genannt: 1. Hofer, Besitzer der „Saarbrücker Zeitung" (diese Kandidatur wird von der gesamten öffentlichen Meinung abgelehnt); 2. Justizrat Muth (diese Kandidatur wird vom Zentrum besonders zäh verteidigt); 3. August Klein, der augenblickliche kommissarische Bürgermeister in Saarbrücken (Arbeiterschaft und Mittelstand sind gegen ihn); 4. E. v. Boch, Mitinhaber der berühmten Mettlacher Firma Villeroy u. Boch (dieser soll abgelehnt und auf den großindustriellen Max v. Bopelius verwiesen haben); 5. Kommerzienrat Hermann Röchling, dem Vertrauteit mit den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Saargebietes und staatsmännischer Geist nachgerühmt werden.

Eine tschechische Spionageaffäre in Berlin.

Berlin, 14. August. (Eig. Drahtb.) Bei einem Einbruch in das deutsch-österreichische Konsulat ist, wie wir erfahren, der tschechische Emissär Bartos von der Polizei ertappt und mit einem Komplizen verhaftet worden. In die Angelegenheit ist das tschechisch-slowakische Konsulat, dessen Leiter von der Absicht Bartos' Kenntnis hatte, verwickelt. In eingeweihten deutschen und deutsch-österreichischen Kreisen war man seit längerer Zeit davon unterrichtet, daß von tschechischer Seite der Versuch unternommen wurde, in Deutschland einen regelrechten politischen Spionagedienst zu organisieren. Die Spionage sollte sich nach zwei Richtungen erstrecken: 1. möglichst restlose Feststellung aller Einzelheiten der Beziehungen zwischen Deutsch-Oesterreich und Deutschland; 2. genaue Ueberwachung der in Deutschland lebenden Sudeten-Deutschen und ihrer hier tätigen Vereinigungen. Auf die letzteren hatten es die tschechischen Emissäre besonders abgesehen. Vor einigen Wochen ist in die Räume der ehemaligen österreichisch-ungarischen Botschaft eine Vertretung der tschecho-slowakischen Republik mit dem Prager Rechtsanwalt Dr. Körner an der Spitze eingezogen. Es wurde der Plan entworfen, in das deutsch-österreichische Konsulat in der Reitstraße einzudringen und sich der dort vermuteten geheimen Aktenstücke zu bemächtigen. Die erhoffte Beute sollte von einem Prager Sonderkurier über die Grenze geschafft werden. Es gelang den Einbrechern auch, in den Büroräumen einen Schrank mit Aktenstücken zu erbrechen, dessen Inhalt mitgenommen wurde. Die Polizei hatte jedoch von der Sache Kund bekommen und verhaftete sie beim Verlassen des Konsulats. Die Affäre dürfte noch weitere Kreise ziehen.

Die Entente gegen die Monarchie in Ungarn.

Wien, 14. August. (Eig. Drahtb.) Nach vom „Neuen Tag" an maßgebender Ententestelle eingezogenen Erkundigungen sollen die Ententemächte sich gegen das Bemühen, die Monarchie in Ungarn wieder einzuführen, durchaus ablehnend verhalten. Keiner der Ententestaaten beabsichtige, eine Restauration der Habsburger Monarchie in Ungarn zu unterstützen.

Koltschaks Rückzug.

Amsterdam, 13. August. Das Preßbüro „Radio" meldet aus Washington, daß das gesamte Heer Koltschaks genötigt worden ist, sich vor weit überlegenen bolschewistischen Streitkräften zurückzuziehen. Kolschaks Truppen seien bereits ungefähr 200 Meilen zurückgewichen. Es werde mit der Möglichkeit gerechnet, daß Omsk fällt und daß die Bolschewisten dadurch die Kontrolle über Sibirien bekommen.

Allgemeiner Ausstand in Oberschlesien.

Breslau, 14. August. (Eig. Drahtb.) Die Bemühungen der Oblene, auf die Arbeiter beruhigend einzuwirken, sind als gescheitert anzusehen; die Arbeiter haben sogar noch neue Forderungen aufgestellt, so daß von Verhandlungen zunächst keine Rede sein kann. Es streiken jetzt, mit Ausnahme des Hultschiner und Rybniker Reviers, sämtliche oberschlesischen Kohlenreviere. Man kann die Quote der Ausständigen auf 85 bis 90 Prozent schätzen, so daß von einem allgemeinen Streik gesprochen werden kann. Die Streikhetze soll von großpolnischer Seite unter dem Deckmantel eines politischen Streiks angezettelt worden sein.

Verhaftete Kommunistenführer.

Prag, 14. August. (Eig. Drahtb.) Der ungarische Volkskommissar Kunfi, der nach Bestechung der Grenzwachen bei Preßburg mit falschem Paß die Grenze überschritten und bei Bekannten in Prag unter falschen Namen Wohnung genommen hatte, wurde verhaftet. — Wie aus Wien gemeldet wird, wurde der ungarische Kommunist Dr. Ernst Bettelheim, der für die Rolle des kommunistischen Parteidirektors in Wien ausersehen war, gestern in einem Wiener Sanatorium, wo er unter falschem Namen und mit falschen Ausweispapieren Unterkunft gefunden hatte, festgenommen. Zugleich erfolgte dort die Festnahme der Russin Anna Axelroth, der Gattin des bekannten russischen Kommunisten, der zur Zeit der Räteregierung in München hervorgetreten war. Bei Bettelheim wurden mehr als 160 000 Kronen vorgefunden.

Vor einem Judenprogrom in München?

Berlin, 14. August. (Eig. Drahtb.) Wie wir aus München zuverlässig erfahren, nimmt in der bayrischen Hauptstadt die Neigung zu Pogromen gegen die jüdische Bevölkerung bedenklich zu. Es wird den Juden in alter Oeffentlichkeit der Vorwurf gemacht, daß die verflossene Räteregierung sich größtenteils aus entwurzelten und landfremden Juden zusammengesetzt habe, und daß deren Verhalten daran Schuld trage, daß bayrisches Blut vergossen wurde. Es wird daran die Erwartung geknüpft, daß die gesund denkenden Teile der jüdischen Bevölkerung durch eine offizielle Erklärung sich von den Ausschreiten bolschewistischer und ähnlicher Bestrebungen lossagen.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190815-19/fragment/page=0003

Amtliche Anzeigen

Bekanntmachung.

In der Woche vom 9. bis 15. Juni 1919 konnte den der Bezirksschlächterei Lützen angeschlossenen Landorten, infolge Schlachtviehmangel, Frischfleisch nicht geliefert werden. Bei der nächsten Fleischausgabe wird hierfür Ersatz in amerikanischem Speck geliefert.

Zur Verausgabung kommen pro Kopf 100 Gramm zum Preise von 90 Pfennige. Empfangsberechtigt sind alle diejenigen, die für die Woche vom 9. bis 15. Juni ihre Fleischkarten bei den nachgenannten Fleischverkäufern abgegeben Fleisch aber nicht bekommen haben. Die Verausgabung erfolgt durch:

Fleischermeister Kietz in Kitzen,
" Knorr in Hohenlohe,
" Körsten in Muschwitz,
" Witzsche in Casa,
" Hirsch in Kleingörschen,
" Friedrich in Großgörschen,
" Brüller in Oetzsch,
" Harter in Döhlen,
" Scharf in Kötzschau,
" Seidel in Kötzschau,
" Degner in Großlehna,
" Müller in Teuditz,
" Reichhardt in Kleincorbetha,
" Hühnerbein in Altranstedt,
" Kietz in Schkölen.

Merseburg, den 11. August 1919.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Mosle.

Bekanntmachung.

Bei den Pferden des Landwirts Karl Schmuntzsch, Franz Mehlgarten in Kötzschau und des Landwirts Weißhuhn in Witzschersdorf ist die Räude erloschen.

Witzschersdorf, d. 13. Aug. 1919.
Der Amtsvorsteher.

Bekanntmachung.

Bei den Schweinen des Landwirts Otto Schirmer in Schladebach ist Rotlauf amtstierärztlich festgestellt.

Witzschersdorf, d. 13. Aug. 1919.
Der Amtsvorsteher:

Von der Reise zurück!
Dr. med. Boettcher.

Einkochgläser
in allen Größen, sehr preiswert.
Für Gastwirte **Bierbecher** in verschiedenen Größen, **Blonden- und Wassergläser** in weißem Glas, sowie **Glas-, Porzellan- und Steingutgebrauchs-Geschirr aller Art** empfiehlt
O. Renner, Markt 18,
Telefon 509.

Die öffentliche Lesehalle
im „Herzog Christian"
ist geöffnet jeden Tag von **früh 10 Uhr bis abends 9 Uhr.** Die besten und größten Tageszeitungen und Zeitschriften liegen aus.

Monatslesekarte	**Preis**	**—,50 Mark,**
Jahreslesekarte	"	**3,—** "
Familien-Monatslesekarte	"	**1,—** "
Familien-Jahreslesekarte	"	**5,—** "
Tageslesekarte	"	**—,10** "

Die Karten sind im Herzog Christian zu haben. Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren ist der Zutritt nicht gestattet.

Der Verein zur Förderung der Jugendpflege.
(E. V.)

Freiwilliger Hilfsdienst in der Stadt Merseburg.

Eingerichtet zu dem Zweck, den Familien unserer Krieger mit Rat und Tat in allen Lebenslagen beizustehen, ihnen das Durchhalten zu ermöglichen, mitzuhelfen, daß der Betrieb oder das Geschäft, oder die Werkstätte des abwesenden Gatten, Vaters oder Sohnes, wenn irgend durchführbar, im Gange erhalten bleibt.

Rat und Beistand in allen **wirtschaftlichen und beruflichen Angelegenheiten.**

Fürsorge bei schwächlichen, schulpflichtigen Kindern behufs Erlangung eines Kuraufenthaltes oder sonstiger Gelegenheit zur Kräftigung der Gesundheit.

Mithilfe beim Unterbringen aus der Schule entlassener Kinder.

Kriegerfrauen oder sonstige Angehörige eingezogener Merseburger wollen sich vertrauensvoll an irgend einen der nachstehend verzeichneten Herren wenden.

Freiwilliger Hilfsdienst in der Stadt Merseburg.

Der geschäftsführende Vorstand.

Kaufmann Tänzer. Rektor Schmiesch. Kaufmann Räther. Privatmann Ellrich. Stadtrat Barth. Stadtrat Dobkowitz. Rektor Hüttel. Rektor Röth. Rechnungsrat Eichardt. Barthel, Kalkulator. Franz Rößner, Redakteur. Kaufmann Kötteritzsch. Kaufmann Schäfer. Schmiedeobermeister Engel. Rentner Rügow. Fabrikdirektor Weber. Rentner Hauptmann. Lohgerber Dietzel. Schuhmacher-Obermeister Schmidt.

„UNION"
Färberei und chemische Reinigungs-Anstalt
F. Gellen.
Wir sind in der Lage, Reinigungssachen, die bis Freitag mittag in unserer Filiale abgegeben werden, bis Sonnabend der nächstfolgenden Woche zurückzuliefern. Farbsachen nach 14 Tagen.
Merseburg, Burgstrasse 13.

Die grosse Mode!
Kunstseidene gestrickte Jacken
für Damen, junge Mädchen und Kinder
Kunstseidene gestrickte Blusen,
Kunstseid. gestrickte Kindermäntel
empfiehlt in sehr grosser Auswahl und vielen modernen Farben preiswert
H. Schnee Nachf.,
A. & F. Ebermann
HALLE a. S. Gr. Steinstr. 84.

Haubennetze 10/38, echt Menschenhaar, la. Qualität, extra große Einzelpreis St. 1.35, Preis ab 6 Stck. ℳ 1.25, gewöhnl. Größe Einzelpreis St 1.30, ab 6 Stck. ℳ 1.20 liefert promt per Nachnahme in jeder Farbe. — — Wiederverkäufer hohen Rabatt. — —
Walter Baumann, Görlitz, Klosterplatz 18|19 II.

Kaufleute, Geschäftsleute!
Bringt Euch durch eine wirksame Insertion im
„Merseburger Tageblatt"
dem kaufkräftigen Publikum in Erinnerung.

Einen Transport:
: Futterschweine :
gibt ab
Ernst Baumann, Gotthardstr. 30.

„Angebot"
Speise-Zimmer,
Herren-Zimmer,
Damen-Zimmer,
Schlaf-Zimmer,
Küchen
in einfacher bis ganz feiner Ausführung
ca. **150** Zimmer.
Möbelfabrik
Albert Martick Nachf.,
Inh. Richard Ziemer,
Halle a. S.,
— Alter Markt 2. —

Frischer
Schellfisch
eingetroffen bei
Emil Wolff.

Wie erhalte ich gesundes, kräftiges, zeugungsfähiges Vieh? Nur mit
Dr. Dietrich's Futterkalk mit physiologischen Viehkräutersalzen.
Machen Sie einen Versuch, Sie sind überzeugt. 1 Pfd. ℳ 1.20, 10 Pfd. ℳ 11.—, 1/2 Ztr. ℳ 25.—, 1/1 Ztr. ℳ 45.—, 1 Ztr. 85.—
Resitl. Fluid extra stark. Qualität
Gotthardt-Drogerie
Hermann Emanuel.

Hautjucken — Krätze
sichere und schnelle Hilfe durch
Blitz Perusalbe
Dose Mk. 3.50. — Versand:
Grüne Apotheke, Erfurt 145.

Viktoria-Erbsen
Grüne Erbsen
Kümmel
kaufen jedes Quantum zu höchsten Preisen
Dralle & Krieg
Getreide, Saaten, Futter- und Düngemittel
Weißenfels a./S.
Tel. 116. Gr. Kalandstr. 20.

H. Schnee Nachfl.
Erstklassiges Spezialgeschäft für Strumpfwaren u. Tricotagen
Halle a. S., Gr. Steinstr. 84.

Achtung! Landwirte und Pferdebesitzer!
Pferde, Esel und Fohlen
zum Schlachten kaufe jederzeit und jeden Posten zu den höchsten Preisen.
:: Notschlachtungen ::
Beinbrüche u. s. w. hole allerorts schnellstens ab.
Franz Vogel, Großschlächterei
Fernspr. 58. **Radewell-Ammendorf** Fernspr. 58.

KAMMER-LICHTSPIELE
Ab Freitag bis Montag:
„Die Geige des Thomaso!!"
Ergreifendes Drama in 4 Akten
:: mit MARTHA NOVELLY! ::
„Einbrecher wider Willen!!"
Komödie in 4 Akten mit VIGGO
:: :: :: LARSEN. :: :: ::
Hierzu
ein gutgewähltes Bei-Programm!!
Anfang 7 1/2 Uhr!

CINOPHON-THEATER
Fernruf 215 Grosse Ritterstr. 1 Fernruf 215
Ab Freitag bis Montag:
Der Brieföffner
Detektivdrama in 4 Akten. Aus der Stuart Webbs-Serie.
Für den Ruhm des Geliebten
Hervorragend. Drama in 4 Akten mit **Maria Carmi.**
Gustav's Leidenweg
Glänzendes Lustspiel in 3 Akten.
— Sonntag ab 3 Uhr: **Jugendvorstellung.** —

Merseburger Ruder-Gesellschaft
(e. V.)
Am Freitag, den 15. August 1919, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
im Bootshause. Der Vorstand.

Joh. Seb. Bach-Verein
Morgen **Freitag** d. 15. Aug. abends 8 Uhr
:: **Uebung** ::
H. Berger.

Tomaten
schöne, glatte Früchte
empfiehlt
in großen und kleinen Mengen
Albert Trebst.
Gärtnerei u. Blumen Geschäft.

Grundstücksverkauf.
Sonnabend, 16. August d. Js. 5 Uhr nachmittags findet im Eisner'schen Gasthaus zu Leuna b/Merseburg der Verkauf des dem Herrn Wegeleben daselbst gehörigen Hausgrundstücks mit Stallung u. großem Garten öffentlich meistbietend statt. Das Grundstück eignet sich zu jedem Geschäft, auch lassen sich einige Baustellen davon abtrennen. Bedingungen im Termin.
Albert Franke,
beeid. Auktionator.

Ein neuer **Kastenwagen** dreizöllriger sofort zu verkaufen. Zu erfragen **Lauchstädterstr. 20** bei Borghardt.

Photograph. Apparat
10×15, 13×18, 18×24 zu kaufen gesucht. Gef. Angebote u. **P. A. 311** an die Exped. d. Bl.

Artikel für Herren u. Damen, Mutterspritzen, Frauentropfen. Preisl. grat. Diskr. Versand Sanitätshaus Orient
Dresden. 142. Zöllnerstr. 33.

Zuverlässige Person
für dort. Versandstelle gesucht.
Postfach 753, Düsseldorf.

Möbel-Tischler
für furnierte und weisse Arbeit stellen sofort ein
Reinicke & Andag
Möbel-Fabrik
Halle a/S. Gr. Klausstr. 40.

Einlegerin
auch Frauen und Mädchen zum Anlernen gesucht.
Merseburger Tageblatt
(Kreisblatt).

Brautpaar
sucht 2—4 Zimmerwohnung möglichst bald. Angebote unter **L. F. 259** an die Expedition dieses Blattes.

Bei Schlaflosigkeit
gegen alle Neurosen des Zirkulations- und Zentralnervensystems, besonders bei nervöser Uebererregtheit durch Veitstanz, epileptischen Krämpfen, Hysterie, nervös. Kopfschmerzen, nervösen Herzklopfen, Neurasthenie, Neuralgie nehme man als vollständig unschädliches, prompt wirkend. Mittel
Blitz Brombaldrian-Elixier.
Preis 4 ℳ die Flasche. Versand:
Grüne Apotheke, Erfurt 145.

Nähmaschinen
werden schnell u. gut repariert bei **L. Albrecht,** Hallescheistr. 19.

Am Mittwoch, d. 13. früh auf d. Wege Domstr.-Schulstr.-Schulplatz Milchkarte auf d. Namen **Lisbeth Offenhauer** verloren gegangen Geg. Belohn. abzugeb. Domstr 51, Eingang Grünestr.

Verantwortliche Redaktion Politik, Oertl. und prov. Teil: Hans Lotz, Sport: M. Hochheimer, Anzeigen: H. Walz.
Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Walz, sämtlich in Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190815-19/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 180 des Merseburger Tageblattes

Kreisblatt.

Freitag, den 15. August 1919.

Die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs.

Die persönliche Abgabepflicht ist nach dem Stande am 31. Dez. 1918 zu beurteilen. Als Vermögenszuwachs gilt der Unterschied zwischen dem Wehrbeitragsvermögen und dem Endvermögen, für welches als Stichtag der 30. Juni 1919 (Entwurf: 31. Dezember 1918) gilt. Zuzieh des Ausschusses: „Den Abgabepflichtigen sieht es frei, den Abschluß des Wirtschafts- oder Rechnungsjahres zugrunde zu legen, das in der Zeit zwischen dem 31. Dezember 1919 und dem 29. Februar 1920 endigt." Die Vorschrift des § 28 Abs. 2 des Besitzsteuergesetzes . . . „Für Betriebe, bei denen regelmäßige jährliche Abschlüsse stattfinden, kann der Vermögensfeststellung der Vermögensstand am Schlusse des letzten Wirtschafts- oder Rechnungsjahres zugrunde gelegt werden" . . . findet bei Feststellung des Endvermögens keine Anwendung. Bei Feststellung des Endvermögens sind Wertpapiere usw. nach dem auf Grund der auf den 30. Juni 1919 nach den Vorschriften der Reichsabgabenordnung festzusetzenden Steuerkurse und Steuerwerte zu bewerten. Der Ausschuß hat ferner die Vorschrift hinzugefügt, daß in Fällen, in denen Grundstücke bei der Wehrbeitragsveranlagung mit einem unter dem Verkaufswert bleibenden Ertragswert bewertet und innerhalb des Veranlagungszeitraumes veräußert worden sind, auf Antrag das Anfangsvermögen unter Zugrundelegung des Verkaufswertes des veräußerten Grundstücks am 31. Dezember 1913 anderweit festgestellt wird.

Bei den Abzügen sind zu den für 1919 zu entrichtenden, auf das Einkommen entfallenden Staats- und Gemeindesteuern die Kirchensteuern hinzugefügt. Bei den nicht vorzunehmenden Zurechnungen (fortlaufende Zuwendungen zum Zwecke des standesgemäßen Unterhaltes usw.) ist statt standesgemäßen Unterhaltes angemessener Unterhalt gesagt.

Die Abgabesätze ergeben sich aus nachstehender, gegenüber der Fassung im Entwurf der Reichsregierung und noch mehr gegenüber der Fassung des Staatenausschusses verschärften Steffelung. Es sind zu zahlen von dem abgabepflichtigen, d. h. über 5000 Mk. hinausgehenden Vermögenszuwachs

für die ersten	10 000 Mk.	10 Prozent
„ „ nächsten	10 000 Mk.	15 „
„ „ „	10 000 Mk.	20 „
„ „ „	20 000 Mk.	30 „
„ „ „	50 000 Mk.	40 „
„ „ „	75 000 Mk.	50 „
„ „ „	100 000 Mk.	60 „
„ „ „	100 000 Mk.	80 „
für die weiteren Beträge		100 „

Die Kriegsabgabe ist zur Hälfte binnen drei Monaten, zu einem Viertel binnen sechs Monaten und mit dem letzten Viertel binnen neun Monaten nach Zustellung des Kriegsabgabebescheids zu entrichten. Auf Antrag Reil ist bestimmt, daß bei Zahlung in barem Gelde vor Ablauf der festgesetzten Zahlungsfristen 6 v. H. Zwischenzinsen abgezogen werden. Die Abgabe kann gestundet werden, wenn die Einziehung zu den gesetzlichen Zahlungsfristen mit einer besonderen (Entwurf: erheblichen) Härte für den Abgabepflichtigen verbunden sein würde. Für die Inzahlunggabe von Kriegsanleihestücken gelten die gleichen Bestimmungen wie für die außerordentliche Kriegsabgabe für 1919.

Die Vorschrift über die Berücksichtigung von Steuerzahlungen bei der Veranlagung hat folgende Fassung erhalten: „Ist bei der Veranlagung der Staats-, Gemeinde- und Kirchensteuer vom Einkommen oder Gewerbebetrieb in den Rechnungsjahren 1920, 1921 und 1922 für die Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens auf Erträge zurückgegriffen worden, die der Abgabepflichtige im Veranlagungszeitraum erzielt hat, so ist auf seinen Antrag von dem Endvermögen der Teil der Steuern, der auf die im Veranlagungszeitraum erzielten Erträge entfällt, abzuziehen und die Veranlagung zur Kriegsabgabe, falls sie schon erfolgt ist, entsprechend zu berichtigen." Als Veranlagungszeitraum im Sinne des Gesetzes über die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs gilt der Zeitraum zwischen dem für die Feststellung des Anfangsvermögens und dem für die Feststellung des Endvermögens maßgebenden Stichtag.

Politische Rundschau

Erzberger soll klagen!

Der üble Schein der Taktik Erzbergers, wochenlang die schwersten Anschuldigungen vor der Oeffentlichkeit über sich ergehen zu lassen, haftet nicht allein auf Erzberger, er schädigt auch die Männer, die mit ihm in der Regierung sitzen. Finden die anderen Minister, namentlich Herr Bauer, findet der Reichspräsident keinen Anlaß, von Herrn Erzberger zu fordern, daß er sich in geeigneter Weise von dem Verdacht reinigt, der sich täglich verdichtet? Jetzt wird sogar dem „Vorwärts" die Sache zu bunt. Er kennzeichnet die Lage ganz richtig, wenn er schreibt: „Die Enthüllungen" von allen Seiten wachsen sich zu einer Gefährdung der inneren Ruhe und zu einer sehr schweren Gefährdung des Ansehens der Reichsregierung aus. Nachdem nun einmal die ganze Materie an die Oeffentlichkeit gezogen ist und die Regierung gerichtliche Schritte angekündigt oder angedroht hat, ist es notwendig geworden, nunmehr die durcheinander schwirrenden üblen Gerüchte, die auch in der Arbeiterschaft laufen, durch eitdliche Vernehmung vor der ganzen Oeffentlichkeit auf ihren wahren Wert zu untersuchen. Daß nach dieser Richtung noch nichts erfolgt ist, wird der Regierung übel ausgelegt. **Ihr Ansehen gebietet, irgendeinen der Enthüller herauszugreifen und zu prozessieren."**

Die richtige Erkenntnis dämmert beim „Vorwärts" zwar spät, aber sie dämmert doch. Und die unentwegten Erzberger-Blätter vom Schlage der „Germania" umgehen die Frage mit betretenem Schweigen. Offenbar ist auch ihnen nicht wohl bei der ganzen Sache. Wie könnte das auch sein? Jedenfalls sind heute schon Kreise am Herrn Reichsfinanzminister ire geworden, die zu seinen warmherzigen Verteidigern zählten. Beharrt er bei seiner „Schildkrötentaktik", dann wird er sehr rasch allein auf weiter Flur stehen! Jedenfalls können nach der sanften Aufforderung des „Vorwärts" Herr Bauer und Herr Ebert nicht mehr umhin, mit Erzberger ein ernstes Wörtlein zu reden. Oder sollten sie diesem Gewaltigen gegenüber etwa „nix tau soggen" haben?

Gegen voreilige Verabschiedung des Reichsnotopfers

wendet sich in einer telegraphischen Eingabe an die Reichsregierung und die Nationalversammlung der Reichsverband der deutschen Industrie. Es heißt darin:

Es hat sich die völlige Unmöglichkeit herausgestellt, ohne Kenntnis des Reichseinkommensteuergesetzes und der Reichsabgabenordnung die Tragweite des Reichsnotopfers für die gesamte Wirtschaft sowohl wie für die Industrie im besonderen zu beurteilen und maßbringende Vorschläge zu machen. Aber auch abgesehen hiervon sind in den Beratungen wegen des Verhältnisses zu Bestimmungen des Friedensvertrages die schwerwiegendsten Bedenken erhoben worden, die durch § 52 des Entwurfes nicht beseitigt werden und deren Mitteilung wir uns hier aus naheliegenden Gründen enthalten. **Wir müssen im Namen der deutschen Industrie Einspruch** gegen die übermäßige und jede sachliche Arbeit ausschließende Beschleunigung erheben, da hierdurch eine berechtigte Berücksichtigung aller in Frage kommenden Interessen und namentlich auch derjenigen der Arbeitnehmer unmöglich gemacht wird. Wir verlangen daher ausreichende Zeit zur eingehenden Durchberatung der für den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens so wichtigen Gesetze durch Aufschub der endgültigen Beratungen bis zum Herbst.

Die rheinische Republik.

Der Vorstand des Rheinischen Hauptvereins des evangelischen Bundes sandte eine längere Erklärung an die preußische Regierung, in der es u. a. heißt: Wir rheinischen Protestanten lehnen mit aller Entschiedenheit die Bestrebungen zur Bildung einer rheinischen Republik ab. Wir wollen nichts zu tun haben mit Männern und Machenschaften, die unter dem Deckmantel vaterländischer Beweggründe ihren inneren Ursprung nicht verbergen können und letzten Endes deutschfremden Interessen dienen. Der Erklärung schließen sich elf rheinische Bünde und ferner 448 Presbyterier bezw. 280 größere Gemeindevertretungen evangelischer Gemeinden aus den besetzten Gebieten, 580 evangelische Pfarrer und 577 evangel. Vereine in der Provinz an. — Der Hauptausschuß für die Errichtung einer Republik der Länder am Rhein hat an die deutsche Reichsregierung in Weimar ein Telegramm gerichtet, in dem er sofortige Volksabstimmung im gesamten besetzten Gebiet fordert.

Räterepublik Hof i. B.

Aus Hof i. B. meldet der „Lok.-Anz.": Es scheint der bayerischen Regierung unbekannt zu sein, daß in Hof und Umgebung sich eine neue Räteregierung aufzumachen bestimmt. Seit Wochen kommen Spartakisten aus allen Teilen Deutschlands nach Hof; eine Anzahl tritt schon als Matrosen auf. Ungestört terrorisieren Unabhängige und Kommunisten die ganze Bevölkerung der Stadt und Umgebung, die hilflos den Radikalen ausgeliefert ist. Durch die völlige Handlungsfreiheit die der U. S. P. D. und der K. P. D. zugestanden ist, werden ihnen Angehörige bürgerlicher Kreise und selbst Beamte geradezu in die Arme getrieben. Schon greift die kommunistische Welle weiter um sich. In Wunsiedel wurde ein Vortrag durch einen sächsischen Kommunisten gehalten, in dem zum offenen Kampf gegen das „verbrecherische Bürgertum" aufgefordert wird, und zwar mit Gewalt, auch wenn es Opfer kokte, denn diese Händen ja doch in gar keinem Verhältnis zu den im Krieg geforderten Opfern; auch die Bewaffnung der Kommunisten wird verlangt. Die Plakate des Spartakusbundes dürfen öffentlich angeschlagen werden, während sich die Bürgermeister weigern, Werbeplakate der Reichswehr anbringen zu lassen. Hof bildet heute das Sammelbecken der Spartakisten aus Bayern, Sachsen, Böhmen und Deutsch-Oesterreich.

Die erste Post aus Amerika.

Die erste Post aus Amerika ist in Hamburg eingetroffen; sie umfaßt etwa 40 Briefbeutel.

Die belgischen Kriegsverluste.

Die belgische Armee hat während des Krieges an Toten verloren 982 Offiziere und 29 600 Mann; mobilisiert waren 14 000 Offiziere und 365 000 Mann.

Die Untersuchung gegen Radek eingestellt.

Die Untersuchung gegen Karl Radek ist, wie das „B. T." erfährt, eingestellt worden. Die Staatsanwaltschaft hat bereits Antrag auf Entlassung Radeks aus der Untersuchungshaft gestellt, aber gleichzeitig beantragt, ihn in Schutzhaft zu nehmen (!!).

Annahme der bayerischen Verfassung.

Der bayerische Landtag hat die neue Verfassung für den Freistaat Bayern in namentlicher Abstimmung mit 165 gegen 3 Stimmen bei Unabhängigen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Die Abänderungsanträge der Sozialdemokraten auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage bezüglich die gänzliche Abschaffung des Adels wurde abgelehnt. Die Adelsnamen bleiben also in Bayern bestehen.

* * *

Eine Niederlage der mitteldeutschen Streikhetzer.

Von der Liga zum Schutze der deutschen Kultur wird uns geschrieben:

Die unabhängigen und kommunistischen Streikhetzer, die eine Befriedung unseres Wirtschaftslebens fürchten, weil sie der berechtigten Ueberzeugung sind, daß dann die besten Zeiten für diese Art Politiker hinter uns liegen, wollten noch einmal den Versuch machen, zu einem Generalstreik in Mitteldeutschland zu kommen. Sie glaubten, den

---

Schuld und Sühne.

Original-Roman von Erich Ebenstein.

2] (Nachdruck verboten.)

Die Mieter des ihrer Obhut anvertrauten Hauses waren zwar, dank des herrlichen Frühlingssonntages alle ausgeflogen, wie sie wußte, aber wenn sie nun wieder heimkehrten, konnten sie doch nicht über die unerleuchteten Treppen stolpern!

Vor dem Haustor stand eine Droschke, deren Kutscher verschlafen am Bock kümmelte. Ohne ihn zu beachten, bog Frau Grangl in den schon dämmernden dunklen Hausflur ein. Hier kamen ihr zwei Herren entgegen, die einen großen, anscheinend ziemlich schweren Koffer trugen.

„Je", dachte die Haushälterin, die in einem der Männer Dr. Hardy erkannte, der im ersten Stock zwei Stuben von der Majorin Errath gemietet hatte, und nun schon sechs Jahre im Hause wohnte, „das ist ja unser Doktor. Und der plagt sich selber mit dem Koffer ab?"

Sie grüßte freundlich und wollte eben fragen, ob er denn im Hause niemand gefunden habe, der diese, einem so feinen Herren doch nicht zukommende Arbeit hätte verrichten können? Aber die Männer mit dem Koffer waren bereits an ihr vorüber. Da ging sie kopfschüttelnd in ihre rechts vom Eingang gelegene Wohnung.

„Werden wohl alle noch ausgeflogen sein", dachte sie, legte bedächtig ihre Sonntagskleider ab, griff nach dem Anzünder und begab sich nach den oberen Stockwerken, um die Gasflammen im Treppenflur zu entzünden.

Als sie vom dritten Stock in den zweiten herabstieg, hörte sie im ersten Stockwerk anhaltend klingeln. Das mußte an der Wohnung der Frau Major Erroth sein. Neugierig kief sie hinab.

Da stand Dr. Hardy mit blassem, verstörtem Gesicht und drückte eben wieder auf den Taster der Klingel.

„Aber die Damen sind doch gar nicht daheim, Herr Doktor," sagte Frau Grangl. „Das wissen Sie doch, daß sie immer Sonn- und Feiertags zu ihrer Tante, Frau von Berkow, fahren und nie vor zehn Uhr heimkommen!"

Hardy war erschreckt herumgefahren, und starrte die Hausbesorgerin verwirrt an.

„Auch — heute? Wissen Sie das bestimmt Frau Grangl?"

„Aber ganz gewiß, Herr Doktor! Gleich nach zehn sind sie fort. Ich sprach noch mit ihnen. Denn Fräulein Erroth hatte die Hand verbunden und ich fragte sie . . ."

„Oh — die Hand verbunden?" unterbrach sie Hardy hastig, und es schien Frau Grangl, als ob er dabei erleichtert aufatme. „Was ist denn geschehen?"

„Na, eigentlich nicht viel. Fräulein Trude hat sich bloß in den Finger geschnitten und es blutete stark. Doch ist es nicht von Bedeutung."

„Gott sei dank!" Die Farbe kehrte langsam in Hardys Gesicht zurück. Er wandte sich ab, um in seine Wohnung zurückzukehren, die nebenan einen eigenen Eingang besaß, blieb aber dann unschlüssig wieder stehen.

„Sagen Sie mal, Frau Grangl", begann er unsicher, ohne die Hausbesorgerin dabei anzusehen, „hat vielleicht heute, während ich fort war, jemand nach mir gefragt? Ich meine in der Zeit von halb 12 Uhr mittags bis . . . gegen Abend?"

„Keine Seele, Herr Doktor!"

„Waren Sie die ganze Zeit daheim?"

„Bis nach fünf Uhr. Und bis dahin hätte ich jeden sehen müssen, der kam, denn ich ließ meine Wohnungstür offen stehen. Es war nämlich so unheimlich still im Hause, wie nie zuvor, da alle unsere Mieter den schönen Sonntag benutzten, um auszufliegen. Ich glaube von 4 Uhr an war außer mir keine Seele im Haus als die Mawras oben in der Mansarde."

„Es ist also niemand gekommen? Kein Besuch? Haben Sie bestimmt niemand gesehen?"

„Bestimmt nicht, Herr Doktor!"

Diesmal sah es Frau Grangl ganz deutlich, daß Dr. Hardy aufatmete.

„So. Danke. Gute Nacht, Frau Grangl."

Hardy's Wohnungstür fiel hinter ihm ins Schloß. Die Hausbesorgerin sah ihm verschmitzt lächelnd nach. Sie glaubte zu wissen, wen er erwartet oder — gefürchtet hatte. Es wäre ja auch so naheliegend, daß sie noch einmal kam, um Abschied zu nehmen — jetzt, wo er bald einrücken mußte, und vorher noch eine kleine Reise machen wollte . . .

Aber sie war eben doch nicht gekommen! Und das bedeutete wohl, daß es wirklich endgültig aus war, wie Frau Grangl übrigens schon längst vermutet hatte. Na, umso besser! Frauenzimmergeschichten und Liebesverhältnisse, das stimmte ja gar nicht mit diesem netten soliden Dr Hardy, der nach der Uhr lebte, und nie nach Torperte heimkam . . .

Unter diesen Gedanken kehrte Frau Grangl nach ihrer Wohnung zurück.

2.

Inzwischen war die Droschke mit dem Koffer, den Dr. Hardy eigenhändig mit getragen hatte, unterwegs zum Südbahnhof und trottete gemächlich die dämmernden Straßen entlang, als der Kutscher plötzlich durch einen ärgerlichen Ruf seines Fahrgastes aufgeschreckt wurde.

„Wohin zum Teufel fahren Sie mich denn, Kutscher?"

„Na, zum Südbahnhof, Ew. Gnaden, wie Sie befohlen haben!"

„Ich? Sie sind wohl verrückt? Ich will doch nach Berlin!"

„Ja, da müßten wir aber doch zum Nordbahnhof und Sie haben gesagt: Südbahnhof!"

„Unsinn! Nordbahnhof sagte ich. Kehren Sie sofort um und treiben Sie ihren Gaul tüchtig an, damit wir um Gotteswillen nicht zu spät kommen!"

Der Kutscher brummte etwas Unverständliches, änderte die Richtung und hieb ärgerlich auf das Pferd ein. Zwanzig Minuten später hielt der Wagen vor dem Nordbahnhof, wo bereits reges Gedränge herrschte. Ein herkulisch gebauter Träger mit blau-rotem Gesicht stürzte eilig herbei, und bemächtigte sich des Koffers.

„Nr. 7. Wohin, Herr?"

„Schnellzug Berlin. Erwarten Sie mich am Gepäckschalter. Ich lohne nur erst den Kutscher ab."

Fortsetzung folgt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190815-19/fragment/page=0005

Boden für einen neuen Streik genügend bearbeitet und vorbereitet zu haben. In allen industriellen Orten fanden in der letzten Zeit massenweise kommunistische und unabhängige Versammlungen statt, wobei diese beiden Parteien an Eifer sich zu überbieten suchten. Weder die Mehrheitssozialdemokratie noch irgend eine bürgerliche Partei kann eine ähnliche eifrige Agitationsarbeit aufweisen wie die Unabhängigen und die Kommunisten. Und doch zeigt es sich jetzt, daß auch die Bäume der Ueberradikalen nicht in den Himmel wachsen. Obwohl U. S. P. und K. P. D. verstehen, aus allen Früchten Honig zu saugen und alle möglichen und unmöglichen Vorgänge und Vorfälle agitatorisch ausnutzen, muß diese Partei erkennen, daß auch ihrer Agitatione in Ziel gesetzt ist. Daran können auch nicht die Berliner Agitatoren der Kommunisten etwas ändern, die seit einiger Zeit besonders im Weißenfelser und Zeitzer Revier tätig sind. Wie man die Agitation dr Kommunisten z. B. im Zeitzer Revier zurzeit einschätzt, mag daraus hervorgehen, daß eine von der K. P. D. in der Zeitzer Gegend am Sonntag einberufene Versammlung von insgesamt 10 Mann besucht war!

Mit der steigenden Verbesserung der Lebensmittelversorgung sieht sich die Arbeiterschaft die Agitation des Ueberradikalismus ein wenig kritischer an. Der geschärfte kritische Blick der Arbeiterschaft kam auch in den Abstimmungen zum Ausdruck, die im Laufe des letzten Montags in den meisten der mitteldeutschen Betriebe vorgenommen worden sind. In zahlreichen Bergwerksbetrieben erschien kaum die Hälfte der Belegschaft zur Abstimmung und von dieser Hälfte der Erschienenen stimmte die Hälfte, in anderen Werken mehr als die Hälfte gegen den Streik. Ja, in einem Bergwerksrevier, dessen Belegschaften als besonders radikal angesehen werden, wurde ein neuer Streik glatt abgelehnt. Wir wollen hoffen, daß die Arbeiterschaft in Erinnerung an die Entwickelung in Ungarn und was uns näher liegt, in Erinnerung der Vorgänge in Bayern immer mehr zu der Erkenntnis kommt, daß sie von einigen wenigen „Führern" mißbraucht wird. Unsere Bergarbeiter werden durch vermehrte Aufklärung immer mehr zu der Gewißheit kommen, daß auch ihr Wohlergehen abhängt von dem Wohlergehen des gesamten Reiches. Eine Wiedergenesung unseres Vaterlandes aber ist nur denkbar, wenn auch die Arbeiterschaft an den Wiederaufbau geht, der nicht durch Propaganda, sondern allein durch Arbeit bewerkstelligt werden kann.

Das Land, wo Milch und Honig fließt.

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Die ersten Besprechungen mit Polen, die in Warschau stattfanden, sind abgebrochen worden. Dafür werden jetzt Besprechungen in Berlin stattfinden, zu denen eine polnische Kommission erwartet wird. In diesen Besprechungen soll der künftige Verkehr mit Polen, unser politisches und wirtschaftliches Verhältnis zu dem Lande festgelegt werden. Man will Mittel und Wege finden, um der Bevölkerung, ie jetzt polnisch wird, das zu ersetzen, was sie durch die Abtrennung von Preußen und Deutschland verliert. So soll den Beamten, die weiter in polnischen Diensten bleiben, die Pensionsfähigkeit garantiert werden, es soll für die deutsche Invaliden- und Altersversicherung und für die Reichsversicherung ein Ersatz gefunden werden, und die Verpflichtungen der Versicherungen den Versicherten gegenüber, die im künftigen Polen wohnen werden, sollen eine regelnde Bestimmung erfahren. Das sind alles schwere Aufgaben. Aber bisher scheint es, daß dieses aus deutscher Großmut und Entente-Willkür erstandene Land den Willen hat, es dem deutschen Reiche gleich zu tun, um die neuen „Polen" zufrieden zu stellen. Man hat in führenden polnischen Kreisen eingesehen, daß mit Zwang sich nicht ein festes Gefüge schaffen läßt, und verkennt wahrscheinlich heute schon nicht mehr, daß nur weitgehendes Entgegenkommen dem neuen Land über die ersten und größten Schwierigkeiten hinweghelfen kann. Diese Erkenntnis hat auch dazu geführt, daß über die Vorgänge im wirklichen Polen der Schleier des Geheimnisses sorgsam gebreitet wird. Man erfährt so gut wie nichts aus den wirklich polnischen Gebieten, selbst aus Posen dringen nur vereinzelte Nachrichten zu uns. Und wenn man hört, wie die Zustände in Wahrheit in dem Lande sind, das unter Paderewski einer herrlichen Zukunft entgegengeführt werden soll, kann man wohl verstehen, daß die polnische Zensur alles daran setzt, Polen von der Welt abzuschneiden.

In Polen soll die Hungersnot groß und die Empörung beispielos. Die Zustände spotten, wie man ziemlich zuverlässig auf Umwegen erfahren hat, aller Beschreibung. Eine richtige „polnische Wirtschaft" tut sich dem Blicke des Fernstehenden auf, eine Wirtschaft, die deutlich erkennen läßt, wie wenig dieses Volk zur Staatenbildung geeignet ist. Dessenungeachtet aber streben die Führer immer noch nach Macht- und Landgewinn. Sie werden auf die ihnen zufallenden westpreußischen Gebiete nicht verzichten, ja, sie arbeiten mit allen Miteln sogar darauf hin, dort, wo eine Volksabstimmung erfolgen soll, Stimmen für Polen zu fangen. Polen erscheint in dieser Propaganda als das Land, wo Milch und Honig fließt. Die Versprechungen gehen so weit, daß der oberschlesischen Bevölkerung und jenen westpreußischen Bezirken, wo der Stimmzettel walten soll, große Speck-, Fet- und Brotlieferungen als Lohn für ihre polnische Gesinnung in Aussicht gestellt werden. Dabei wird auf die golden enZustände in Polen hingewiesen, allwo man keine Not kennt (!) und in Glück und Freude für billiges Geld in den Tag leben kann. Es ist angeebracht, daß die wirklichen Zustände in Polen diesen Fälschungen entgegen gehalten werden. Die Polen sind gar nicht in der Lage, ihre versprochenen Nahrungsmittel zu liefern, weil sie effektiv selbst nichts haben und in Polen vielfach sogar der Hungertyphus herrscht. Aber mit Speck fängt man Mäuse: die Polen glauben, sich ein noch größeres Polen durch Versprechungen bauen zu können, und werden zu Lügnern, zu Betrügern der deutschen Arbeiter-Bevölkerung, die sich leider durch Kriegsnot und Entbehrung sehr leicht eine andere politische Ansicht beibringen läßt. Man sollte nicht annehmen, daß die Propaganda der Polen irgendwelchen Erfolg haben wird; denn die wahren Zustände im polnischen Reiche dürften nicht verborgen bleiben, wenn die Zensur auch noch so eifrig ihres Amtes waltet, und die Grenzen gegen Preußen noch so sorgsam abgeschlossen werden. Die Zustände in Preußen sind golden im Vergleich mit denen in Polen. Das könnte jeder bestätigen, der aus Posen einmal einige Tage über die neue preußische Grenzr schlüpfen würde. Was aus den Deutschen, die schließlich zu den Polen fielen, wird, ist den Trägern der großpolnischen Idee gleichgiltig. Sie jagen dem alten Phantom nach, denken nicht an das Volk, nicht an die Notwendigkeit, erst einmal die Grundbedingungen für einen festen Zusammenhalt des neuen Staates zu schaffen. Und wenn die preußisch-deutsche Einrichtungen und Verpflichtungen gegen Bürger und Beamten zu übernehmen sich bereit erklären, so sind das, dessen kann man sicher sein, nur Scheinkonzessionen,die in Wahrheit im neuen Polen ein anderes Gesicht haben werden. Heute freilich müssen solche „Zugeständnisse" gemacht werden. Sie sollen die Grenzen weiten, das Volk vermehren, just so, wie die Speckseiten, die garnicht vorhanden sind.

Aus Stadt und Umgebung

Schulpersonalien.

Der Schulamtsbewerber Schmidt ist mit dem Schuldienst in Wehlitz auftragsweise beschäftigt worden. Dem Rektor Friedrich Raethjen in Schkeuditz wird die jederzeit widerrufliche Erlaubnis zur Leitung der höheren Privatschule für Knaben und Mädchen erteilt.

11. Handlungsgehilfentag für Sachsen Anhalt.

Am Sonnabend und Sonntag hatten sich in Magdeburg Vertreter des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes aus über 90 Orten der Provinz Sachsen und des Freistaates Anhalt zum 17. ordentlichen Gautage des Gaues Sachsen-Anhalt und zum 11. Handlungsgehilfentage für Sachsen-Anhalt eingefunden. Die Tagung, die von über 600 Besuchern beschickt war, war eine einmütige Kundgebung der Pflichtaufgaben nud für die rechtlichen Forderungen der männlichen Handlungsgehilfenschaft in jetziger und nächster Zeit. Vertreter des Ober-Präsidiums, der Regierungs-Präsidenten Magdeburg und Merseburg, der staatlichen Behörden in Magdeburg, der Handelskamern Magdeburg und Halle und der Deutschnationalen, Deutschen und Christlichen Volkspartei legten in ihren Ansprachen ihr weitgehendstes Interesse an der inhaltsreichen Tagung dar. Nach reichbegründeten Vorträgen von Emil Barthel-Halle, Erich Bauerschäfer-Magdeburg, und Ernst Richter-Magdeburg wurde den vorliegenden Entschließungen ohne Ausnahme zugestimmt und damit die Forderungen des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes auf Abbau der Frauenarbeit in Handel und Industrie, Beseitigung der nicht auf Erwerb angewiesenen Hilfsdienstpflichtigen bei Staats-, Gemeinde- und Privatbetrieben, gesetzliche Regelung des Lehrlingswesens, Einführung von Handelsinspektoren, Aufrechterhaltung der Angestellten-Ausschüsse und Gleichberechtigung der kaufmännischen Angestellten gegenüber den gewerblichen Arbeitern im kommenden Betriebsgesetz, weitere Ausgestaltung der Tarifverträge, Anwendung der gewerkschaftlichen Kampfmittel und Zusammenschluß der Handlungsgehilfen in der nur von männlichen Berufsgenossen gebildeten Gewerkschaft kaufmännischer Angestellten (Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband), restlos anerkannt. Auf Vorschlag des Vorsitzenden Gauvorsteher Richter-Magdeburg wurde ebenso einmütig eine Enstchließung an Regierung und Nationalversammlung angenommen, in der die Anwendung aller verfügbaren Mittel zur baldigen Heimkehr der Kriegsgefangenen gefordert wird. — Aus dem Tätigkeitsbericht ging hervor, daß der Gau Sachsen-Anhalt des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes heute 72 Ortsgruppen mit 9000 Mitgliedern umschließt und damit der frühere Friedensbestand um mehr als ein Drittel überholt ist. Zum nächsten Tagungsorte wurde Halle bestimmt.

Neue Aenderungen im Landkrankenkassenwesen.

Bereits durch die Verordnung vom 3. Februar 1919 (Reichsgesetzblatt, Seite 191) hatte die landwirtschaftliche Krankenversicherung eine wichtige grundlegende Aenderung erfahren. Bis dahin gestattete der § 418 der Reichsversicherungsordnung auf Antrag des Arbeitgebers die Befreiung von der Versicherungspflicht für diejenigen Arbeiter, welche an den Arbeitgeber bei Erkrankung Rechtsanspruch auf eine Unterstützung hatten, die den Leistungen der zuständigen Krankenkasse gleichwertig war. Solche Befreiungen sollen in Zukunft nach der genannten Verordnung nicht mehr gewährt werden und spätestens am 31. Dezember 1919 erlöschen. Auch besagte diese Verordnung, daß Betriebskrankenkassen für landwirtschaftliche Betriebe vorläufig nicht mehr neu zu errichten wären. Entsprechende Bestimmungen enthielt die Verordnung auch für die Dienstboten.

Während diese ebengenannte Verordnung also die unter gewissen Voraussetzungen mögliche Befreiung der Landarbeiter von der Krankenversicherungspflicht aufhob und auf Beseitigung der Betriebskrankenkassen hinzielte, bringt ein neuerdings ergangenes Gesetz vom 28. Juni 1919 (Reichsgesetzblatt S. 615) noch weitere einschneidende Bestimmungen. Bisher wurde bei den Landkrankenkassen der Vorstand und sein Vorsitzender, sowie die Ausschußmitglieder von der Vertretung des zuständigen Gemeindeverbandes gewählt, während bekanntlich bei den Ortskrankenkassen die Wahlen von den beteiligten Versicherten und Arbeitgebern ausgeführt wurden. Durch das neue Gesetz vom 28. Juni 1919 sind nunmehr gleichartige Vorschriften sowohl für Landkrankenkassen, wie für die Ortskrankenkassen erlassen. Demgemäß ist künftig für jede Landkrankenkasse der Ausschuß, der höchstens 90 Mitglieder zählen darf, zu einem Drittel von den beteiligten volljährigen Arbeitgebern und zwei Dritteln von den beteiligten volljährigen Versicherten je aus ihrer Mitte zu wählen. Die Vorstandsmitglieder werden von den Ausschußmitgliedern wiederum zu einem Drittel aus den Arbeitgebern und zu zwei Dritteln aus den Versicherten von jeder Gruppe in getrennter Wahl gewählt. Der Vorsitzende und sein Stellvertreter werden durch die Vorstandsmitglieder aus ihrer Mitte gewählt.

Kohlrabi ohne Kraut.

Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat den Versand von Kohlrabi mit Kraut verboten. Vom 8. d. M. sind die Erzeugerhöchstpreise (Großhandelspreise in Klammern) bei Frühweißkohl auf 7 (11) und bei Frühwirsingkohl auf 9 (14) Pfg. je Pfund herabgesetzt.

Schuhe zu mäßigen Preisen.

Das Reichswirtschaftsamt plant die Bereitstellung eines erheblichen Betrages zum Ankauf von Bedarfsschuhwerk für die arbeitende Bevölkerung. Das Schuhzeug soll in großen Mengen angekauft und zu mäßigen Preisen abgegeben werden.

Aus Kreis und Nachbarkreisen

Ein frecher Diebstahl.

Trebnitz, 12. August. Ein frecher Diebstahl wurde nachts auf der Wiese des Ritterguts ausgeübt, wo auswärtige Fleischer ein junges Rind schlachteten.

Bürgerverein Rosengarten.

Ammendorf, 12. August. Die letzte Versammlung fand eine sehr reichhaltige Tagesordnung vor. Als wichtiger Punkt stand die Gründung einer aus Ankiegern bestehenden Nachtwache zur Beratung, um dem Ueberhandnehmen der Diebstähle nach Möglichkeit zu steuern. Sämtliche Mitglieder fanden sich bereit, den Wachtdienst zu übernehmen. Die Regelung dieses Dienstes ist Ober-Tel.-Assistent Quielitzsch übertragen. Das Stiftungsfest soll in Form eines Famalienabends am 5. September stattfinden. Als neue Mitglieder wurden sechs Herren aufgenommen.

Kurbetrieb.

Keuschberg-Dürrenberg, 12. August. Kurliste Nr. 12 weist unter 1000 Nrn. 3155 Personen auf gegen 3184 im Vorjahre. Wannenbäder wurden bis 5. August 9434 verabfolgt.

Vom Schützenfest.

Lützen, 12. August. Bei dem hier stattgefundenen Schützenfest errang die Königswürde Obermeister Thieme, die Würde des Bürgerkönigs Mühlenbesitzer Moritz Dömer.

Für treue Dienste.

Schkeuditz, 12. August. Die Ehrenurkunde der Handelskammer Halle für langjährige treue Tätigkeit im Dienste derselben Firma wurde dem Schlosser Karl Brandt und dem Arbeiter Hermann Weller, beide bei der Firma Karl Enke hier beschäftigt, verliehen.

Zur letzten Ruhe

Schkeuditz, 14. August. Am Sonntag wurde wieder ein Mitkämpfer von 1866, 1870/71, Herr Gustav Geigenmüller, unter Beteiligung des hiesigen Veteranenverbandes, dessen ältestes Mitglied er war, und unter zahlreicher Teilnahme von Freunden und Bekannten auf dem hiesigen Friedhofe zur letzten Ruhe gebettet.

Ein Aufruf der Getreidestelle.

Weißenfels, 14. August. Nach Mitteilungen der Getreidestelle des Landkreises Weißenfels sind alle alten Bestände total aufgebraucht. Die Getreidestelle macht daher die Landwirte auf ihre dringende Pflicht aufmerksam, sofort mit der Beschickung der Mühlen zu beginnen, wenn wir nicht einer Katastrophe auf dem Ernährungsgebiet entgegengehen wollen .

Aus Provinz und Reich

Der Fahnenträger von Düppel †.

Apolda, 12. August. Vielleicht als einer der letzten Thüringer, die aus dem Feldzuge 1864 in den militärischen Geschichtswerken mit besonderer Auszeichnung genannt worden sind, ist hier der Wallmeister a. D. Karl Schulze im 83. Lebensjahre gestorben. In der Bataillonsgeschichte wird er eingehend geschildert, daß es der Tapferkeit und Unerschrockenheit des Pioniersergeanten Schulze mit zu verdanken war, daß die Düppeler Schanzen in rasendem Sturm genommen werden konnten. Nachdem Klinke durch die Pulverexplosion die erste Bresche in die Schanze 3 geschlagen hatte, stürzte Schulze durch die Oeffnung und pflanzte unter dem Hurra der Truppen die schwarz-weiße Fahne auf, als er dort mit alleiniger Hand das Geschütz erobert hatte. Für diese Tat erhielt er neben anderen Auszeichnungen auch die österreichische Tapferkeitsmedaille, mit der er dann wieder gegen die Oesterreicher bei Königgrätz kämpfte. Nach dem Feldzuge von 1870/71 wurde er zum Kaiserlichen Wallmeister eines Forts bei Metz ernannt.

Mord oder Selbstmord?

Dollstädt (Rudolstadt), 12. August. In der Nacht zum Mittwoch wurde von einer Landesjäger-Patrouille auf der Landstraße von hier nach Großfahner ein Geschirr angehalten in der Vermutung, daß es Schleichhandelsware befördere. Mit Erstaunen sah die Patrouille, daß der Geschirrführer mit einer Schußwunde in dem Kopf tot auf dem Wagen lag, der Revolver daneben.

Verhinderte Verschiebung einer Schafherde.

Pößneck, 12. August. Auf Veranlassung des Landratsamtes zu Saalfeld wurde eine in einem hiesigen Gasthofe untergebrachte Schafherde von über 200 Stück beschlagnahmt. Die Herde kam aus dem Anhaltischen und sollte angeblich nach Römhild zum Markt getrieben werden, ist aber unterwegs von einem Aufkäufer aus Münchenbernsdorf verhandelt worden.

Entmilitarisierte Anstalten.

Annaburg, 12. August. Nach den Friedensbestimmungen müssen die hiesige Unteroffiziervorschule und die Militär-Knaben-Erziehungsanstalt bis zum 1. Oktober entmilitarisiert werden. Beide Anstalten stehen vom 1. Oktober ab zunächst zur Verfügung des Reichsfinanzministeriums, das die Anstalten bis zum 1. April 1920 an die Unterrichtsministerien der Bundesstaaten zu übergeben beabsichtigt.

Jahresfest der Neinstädter Anstalten.

Neinstädt, 6. August. Nach sechsjähriger Pause feierten am 6. August die Neinstädter Anstalten wieder einmal ihr Jahresfest. Um 2 Uhr fand in der Lindenhofskirche eine kirchliche Feier statt, bei der Superintendent Holzhausen aus Hermsdorf die Festpredigt hielt. Um 4 Uhr begann die Nachfeier auf dem Lindenhof. Der Anstaltsleiter Pastor Steinwachs begrüßet die erschienenen Freunde und erstattete den Bericht. Von 138 eingezogenen Brüdern der Diakonissenanstalt sind 25 im Kriege gefallen, 7 sind noch in Gefangenschaft. Auch die Hausväter waren zum großen Teil eingezogen, so daß vielfach auf den Hausmüttern die ganze Arbeitslast lag. Die Zahl der Brüder ist um 60, die der Außenstationen um 16 zurückgegangen, Dabei stieg die Zahl der Zöglinge von 120 auf 170. Von 100 zum Kriegsdienst eingezogenen, aus der Schule entlassenen Zöglingen sind 30 gefallen, zwei sind sogar mit dem E. K. 1. Kl. geschmückt. Mit allen stand die Anstalt durch Briefe und Zeitungen in Verbindung. Durch den Umsturz ist das Anstaltsleben auf die Dauer nicht beunruhigt worden. Durch die Unterernährung und eine Grippe-Epedimie wurden viele Pfleglinge des Elisabethstifts dahingerafft, sodaß noch jetzt 125 Plätze unbesetzt sind. Die Lebensmittelteuerung hat die Anstalten in Not gebracht, sodaß sie ihre Freunde dringend bitten mußte, in ihrer Liebe nicht zu erkalten.

Nach dem Bericht des Anstaltsleiters erzählte Pastor Alberts-Halberstadt, Ernstes und Heiteres aus seinen Kriegserinnerungen und zuletzt wandte sich Sup. Holzhausen mit ermunternden Worten an die Zöglinge und an die Festgemeinde. Die Festkollekte betrug nahezu 500 Mk. Der Anstaltschor und die Bläser verschönten die Feier.

Turnen, Spiel und Sport

Leichtathletik. — Vom V. M. B. V. werden nachstehende Athleten nach Nürnberg entsandt: Hüttmann, Janhke, (F. C. 96-Halle), Reißmann (Sportgem.-Leipzig), Fels, Kahl (V. f. B.-Leipzig), Meißner (Hohenzollern-Merseburg), Lauterbach (L. B. C.-Leipzig), Eiselt (B. C.-Chemnitz), Giersberg (Wacker-Leipzig), Clouberi (Olympia-Halle), Luther (S. C.-Erfurt).

Fußball. — Spielerlaubnis mit Verbandsvereinen. — Vom Verband Mitteld. Ballspielvereine erhalten nachfolgende Vereine die Erlaubnis, mit Verbandsvereinen zu spielen: Crumpa: FC. Eintracht (Anschr. E. Lauenroth, Crumpa b. Merseburg), Kötzschen: FC. Vorwärts (Anschr. Karl Mitternacht, Kötzschen bei Halle); Trotta VfB. (Anschr. Alfr. Liebig, Trotta bei Halle, Petersbergstraße 2).

Crumpa. In Crumpa hat sich seit Mitte Juni d. J. nach reger Werbetätigkeit ein Fußballverein gebildet, in dem sich u. a. alte bewährte Fußballer Mitteldeutschlands, die augenblicklich im Kohlenrevier arbeiten, zusammengefunden haben. Am 3. d. M. spielte der Fußballklub Eintracht-Crumpa I gegen Spielvereinigung-Jena III mit einem Resultat von 1 : 4 (0 : 2).

Leipzig. — Die Mannschaft für das am Sonnabend, den 16. Aug. nachmittags 5U hr auf dem Sportpatz stattfindende Städtespiel gegen Halle ist nunmehr folgendermaßen aufgestellt worden: Delling-Eintracht; Dreese und Mückenheim-Spielvereinigung; Beer und Ugi-Sportfreunde; Hofmann-Wacker; Baurittel und Winkler-TuB; Roßburg und Läßig-LBC.; Gröbner-Wacker.

Verschiedenes. — Der Zusammenschluß des Kaufmännischen Turnvereins in Halle mit dem Halleschen Fußballklub 1896 ist von beiden Vereinen einstimmig beschlossen worden. Beide geben ihre alten Namen auf und gehen in einem neuen großen Verein auf, der durch seine Vereinigung von Turnen und Sport vorbildlich für Mitteldeutschland sein wird. Der neue Verein dürfte über tausend Mitglieder zählen. Er wird in der Deutschen Turnerschaft und im Verband Mitteldeutscher Ballspielvereine dem Stärkeverhältnis nach an erster Stelle stehen. — In dem Städtespiel Leipzig-Halle, das am Sonnabend in Leipzig stattfinden soll, entsendet Halle folgende Mannschaft: Tor: Tannenberg (Halle 96); Verteidiger: Belger (Wacker), Wolter (Borussia); Läufer: Klemmt (Sportverein 98), Meißner (Borussia), Jentzsch (Sportverein 98); Stürmer: Köpfe (Halle 96), Rackwitz (Wacker), Dewitz (Sportfreunde), Bräutigam (Wacker), Gäbelein (Sportv. 98). Es ist dies also im großen ganzen dieselbe Mannschaft, die gegen Leipzig kürzlich mit 2 : 1 erfolgreich war. —Neuer Turn- und Spielplatz. Nicht allein in der Großstadt, sondern auch in der Landgemeinde macht sich die neue Zeit in der Forderung von Turn- und Sportplätzen geltend. Der rührige Turnverein zu Zweenfurth (D. T. Leipziger Schlachtfeldturngau) ist wiederum einer der ersten, der Dank seiner umsichtigen Vereinsleitung mit gutem Beispiel vorangeht. Durch Entgegenkommen des jederzeit turnfreundlich gesinnten Brauereidirektors Wilhelm Reinhardt-Leipzig-Reudnitz ist der Zweenfurther Turnverein in den Besitz enes 3000 Quadratmeter großen Platzes an der Beuchaer Straße in unmittelbarer Nähe des Zweenfurther Gasthofes gekommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190815-19/fragment/page=0006